

Der Steinwohler

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Volksbank-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 23

Sonnabend, den 8. Juni 1929

33. Jahrgang

Was sagt der Aktienkurs für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage?

Auf der letzten Tagung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände fiel Herr von Borjig die Aufgabe zu, den schlechten Stand unserer Wirtschaft zu beweisen. Seine Mitarbeiter haben ihm dafür, wie es scheint, recht reichliches Zahlenmaterial zusammengestellt, das er leider recht kritisch übernommen und mit verbindendem Text zu einem Referat zusammengestellt hat. Unter anderem führte er als Beweis für den schlechten Gang der deutschen Wirtschaft, die unmöglich nach Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverlängerungen tragen könne, an, daß 41 Prozent der an der Berliner Börse gehandelten Aktien unter pari notierten. Die Notierung zu pari oder 100 Prozent befragt bekanntlich, daß der Inhaber einer Aktie bei deren Verkauf genau soviel erhält, wie der aufgedruckte Betrag besagt. Das wären bei einer 1000-Mark-Aktie eben 1000 Mark, steht dagegen der Kurs über pari, beispielsweise auf 150 Prozent, so gilt dasselbe Wertpapier 1500 Mark, bei einer unter-pari-Notierung von angenommen 75 Prozent hingegen nur 750 Mark. Aus der Tatsache nun, daß 41 Prozent aller Aktien unter pari notierten, folgerte Herr von Borjig auf schlechten wirtschaftlichen Geschäftsgang. Er hat damit die Höhe des Aktienkurses zu einem Wirtschaftsbarometer gemacht, dessen Zuverlässigkeit einmal geprüft werden soll.

Es mag ganz davon abgesehen werden, daß die Borjigsche Durchschnittsziffer (41 Prozent) schon eine Fehlkonstruktion ist, denn zwischen Aktiengesellschaft und Aktiengesellschaft sind oft himmelweite Unterschiede. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. mit 1 Milliarde Reichsmark Aktienkapital und irgend eine kleine Sägewerk A.-G. mit einigen zehntausend Mark Kapital sind untereinander nicht vergleichbar. Herr von Borjig hätte schon mindestens das Aktienkapital und nicht die Zahl der Gesellschaften nennen müssen. Ebenso ist es nicht tragend, daß nun 41 Prozent unter pari notierten, wenn die restlichen 59 Prozent so hoch über pari lagen, daß sie dem Kursbilde das Gepräge geben. In der Tat kommen ja Notierungen bis 500 Prozent und darüber vor, die eine Anzahl von Unter-pari-Notierungen aufwiegen, wenn der Durchschnitt gezogen wird. Aber das sind nebensächliche Zweckmethoden, die mit dem Aktienkurs als Konjunktursymbol an sich nichts zu tun haben.

Auf dem Wertpapiermarkt herrscht ziemlich unumschränkt das liberale Marktgesetz von Angebot und Nachfrage, das ganz entscheidend die Kurshöhe bestimmt. Die Nachfrage geht aus von den Geldbesitzern, das Angebot von den jeweiligen Inhabern der Wertpapiere. Wir hatten schon eine Zeit, vor etwa 3 Jahren, als das Vertrauen des Geldmarktes zur Kreditgewährung an Industrie und Handel noch nicht wiederhergestellt war, wo der Aktienkauf die sicherste Geldanlage darstellte. Infolge der großen Nachfrage bewegten sich die Kurse dauernd nach oben. Die Spekulation kaufte immerwährend, um an den steigenden Kursen sicher zu verdienen, und die Banken stellten in reichlichem Maße Spekulationskredite zur Verfügung. Die Folge war ein geradezu beängstigender Hochstand der Aktienkurse. Eigenartigerweise ist damals niemand auf den Gedanken gekommen, daraus auf einen guten Geschäftsgang der Wirtschaft zu schließen. Im Gegenteil wurde dieser Zustand allgemein als ein Krankheitsphänomen betrachtet, da das zum Ankauf von Wertpapieren dauernd bereitgehaltene Geld Industrie und Handel, die es in Form von Krediten hätten gut brauchen können, entzogen wurde. Schließlich veranlaßten diese Erwägungen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu der Anweisung an die Banken, die Spekulationskredite (Reporitkredite) erheblich einzuschränken. Diese Anweisung plötzlich durchgeführt, führte dann ja auch am 13. Mai 1927 dem schwarzen Freitag, zu dem gemaltigen und viel besprochenen Kurssturz, der vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus nur begrüßt wurde. So also wurden niedrige Kurse plötzlich zu einer Gesundungserscheinung. Als sich später, von dieser harten Lehre gezwungen, die Spekulation zurückzieht und die Aktienkurse infolgedessen nicht mehr zu jenen phantastischen Höhen emporstiegen, benutzte sie die Arbeitgeberpropaganda zu einem Beweis für eine angeblich schlechte Konjunktur. Ein Tatbestand aber, der, wie der Aktienkurs, geeignet ist, beides, also gute und schlechte Konjunktur zu beweisen, ist praktisch wertlos.

Ein weiteres Moment, das den Aktienkurs zu einem äußerst unsicheren Wirtschaftspropheten macht, ist seine leichte Modifizierung durch alle möglichen spekulativen Einflüsse. Da werden Nachrichten in der Handelspresse verbreitet, daß dieses oder jenes Unternehmen mit starken ausländischen Finanzgruppen zwecks Beteiligung verhandelt, ein andermal wird gemeldet, daß neue Patente zu

Auswertung gelangen; dem Unternehmen große Aufträge oder günstige Kredite in Aussicht gestellt seien, hohe Dividende zur Ausschüttung gelangen dürften usw. Nur allzuoft ist dann an all den Nachrichten, die im Börsenfaal ein lebhaftes Geraune auslösen, kein wahres Wort, und wenn die Verwaltungen dann auch demotivieren, der Kurs ist nach oben gegangen und der Wertpapierbesitzer, der die Zusammenhänge kannte, hat seinen Besitz zu günstigen Bedingungen verkaufen können. Derartige Manöver spielen eigentlich dauernd und geben dem Kurs wahrlich nicht die wirtschaftswissenschaftliche Rechtfertigung, ein Konjunkturbarometer zu sein.

Der Aktienkurs steht im engsten Zusammenhange mit der Höhe des Aktienkapitals. Die Börse reagiert meist mit mathematischer Genauigkeit auf jede Veränderung, die das Aktienkapital einer Gesellschaft erfährt, sei es nur eine Erhöhung oder Zusammenlegung. Da der Kurs immer nur Ausdruck des wirklich vorhandenen Wertes (Anlagen- und sonstige Betriebskapitalien) aber auf die Einheit des Wertpapiers bezogen ist, kann seine Höhe nur dann aufschlußgebend sein, wenn die Veränderungen des Aktienkapitals mit berücksichtigt werden. Nehmen wir an, eine Gesellschaft legt ihr Aktienkapital im Verhältnis von 2:1 zusammen. Statt der 100 Millionen Mark sind jetzt nur noch 50 Millionen Mark an Aktienkapital vorhanden. Der Besitzer einer Aktie würde die Hälfte seines in diesem Papier angelegten Geldes verlieren, was angeht die Tatsache, daß der wirkliche Wert des Unternehmens keine Verminderung erfahren hat, eine ganz anormale Situation ergeben würde. Hier schafft die Börse im Kurs den Ausgleich. Stand früher der Kurs auf 120, galt also eine 1000-Mark-Aktie 1200 Mark, so hatte der Besitzer von 2 Aktien 2400 Mark Wertbesitz. Nach der Zusammenlegung im Verhältnis von 2:1 stieg der Kurs auf das Doppelte, so daß danach der Besitzer zwar nur noch 1 Aktie hatte, die aber ebenfalls einen Wert von 2400 Mark repräsentierte. Hier haben wir nun zwar einen hohen Kurs, aber dem Unternehmen geht es nicht besser als vorher aus. Umgekehrt sinkt natürlich der Kurs bei Kapitalerhöhungen. Aber auch hier ändert sich nichts am Geschäftsgang des Unternehmens. Nun sind während der letzten Jahre in viel, viel stärkerem Maße Kapitalerhöhungen durchgeführt worden als Zusammenlegungen und daher der Tiefstand der Kurse, woraus aber niemals auf eine schlechte Wirtschaftslage geschlossen werden kann. Wenn das die Unternehmerkreise tun, so verfolgen sie damit sozialreaktionäre Zwecke, die wohl das Mittel heiligen, aber ihm nie und nimmer wirklichen Wert verleihen.

Auch die neuerdings stark in Uebung gekommene Methode der Selbstfinanzierung ist auf die Kursgestaltung nicht ohne Einfluß geblieben. Die zunehmende Kapitalkonzentration hat das Aktienpaket zum Herrscher und Beherrscher der Unternehmungen gemacht. Ein außerordentlich großer Teil der deutschen Aktien liegt in Paketen fest. Ihre Besitzer sind lange nicht in dem Ausmaße wie die Kleinaktionäre an hohen Dividenden interessiert, auf deren Bemessung letztere so gut wie gar keinen Einfluß haben. Dem Großaktionär stehen viele andere Wege offen, aus dem Unternehmen Kapital zu erhalten, als die Dividende, an deren Höhe ihm deshalb wenig zu liegen braucht. Niedrige Dividende aber drückt den Aktienkurs, und läßt es den Außenstehenden rasch erscheinen, sein Geld nicht in Aktien anzulegen. Die Nachfrage vermindert sich auf diese Weise, worin wiederum die Tendenz zur Kursstimmung liegt. Trotzdem ist das kein Zeichen schlechten Geschäftsganges. Im Gegenteil, auf dem Wege der Selbstfinanzierung hat das Unternehmen billiges Kapital erhalten und steht gefestigt da. Auch ist der Widerspruch, aus niedrigen Aktienkursen auf schlechten Geschäftsgang zu schließen zu wollen, ganz offensichtlich.

Bei hohen Aktienkursen fordert die Unternehmerpresse regelmäßig eine angemessene Rendite. Die Begründung dafür lautet etwa so: Der Käufer einer 1000-Mark-Aktie, die mit 200 im Kurse steht, gibt dafür 2000 Mark aus. Eine Dividende von 10 Prozent bedeutet, daß sich diese ja nur auf die aufgedruckten 1000 Mark bezieht, eine wirkliche Verzinsung von 5 Prozent. Das ist natürlich zu wenig und eine 20-Prozent-Dividende wäre dann erst angemessen. Dann ist eben der Dividendenfuß der Beweis schlechter Konjunktur. Also, ob der Aktienkurs hoch oder tief steht, wer mit ihm zu jonglieren versteht, wird in ihm immer ein Mittel finden, „Bestimmtes“ zu sein. Wir Gewerkschafter haben aber nicht den mindesten Anlaß, diesem Zweckpessimismus Glauben zu schenken, der mit so ansehnlichen Mitteln erzeugt werden muß.

Zum Jahresbericht des Reichsverbandes der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie 1928/29

Im „Steinarbeiter“ Nr. 22 haben wir aus dem überschriftlich genannten Geschäftsbericht das wesentliche referierend wiedergegeben, ohne auf Einzelheiten besonders einzugehen, obgleich manche Uebertreibung dazu direkt reizt. Wenn in dem Geschäftsbericht zum Beispiel behauptet wird, daß in der Pflasterstein- und Schotterindustrie im Jahre 1928 nahezu ein Kirchhofstil herrschte, daß die Steinindustrie von den Verwaltungsbehörden dauernd als Stiefkind behandelt wird — daß etwa 70 000 Arbeiter in der Pflastersteinindustrie beschäftigt sind, — daß die Löhne weit über 100 Prozent über den Friedensstand gehoben sind — daß die Gewerkschaften ihre Forderungen berechnungsberechtigend dadurch nachzuweisen versuchen, daß sie die einzelnen §§ des Reichsarbeitsvertrages anders auslegen wie die Arbeitgeber — usw. usw., so sind das sehr einseitige Behauptungen ohne irgendwelche Beweise; von denen der Bericht noch mehrere enthält und die ihm, dem Bericht, ein recht oberflächliches Bild geben.

Gewiß, der Bericht ist verfaßt von einem oder gar zwei Syndikus des Unternehmerverbandes und ist geschrieben für die Unternehmer als Mitglieder des Verbandes, daher wird die Tendenz des Berichts keinen Eingeweihten wundern, aber dennoch —!

Aus manchen Abschnitten leuchtet sogar eine ausgesprochene Kampfanlage an die Gewerkschaften heraus. Das ist der stets abgelegnete Klassenkampf von oben. Wir nehmen das etwa durchaus nicht tragisch, sondern nur zur Kenntnis und verwerten es natürlich bei unserer Taktik, wenn wir so gelegentlich wieder einmal unsere „Erfahrungsberechnung nachzuweisen versuchen“. Das letztere ist überhaupt von dem Verfasser des Berichts ganz famos gesagt, er wird damit sicherlich den Beifall seiner Mandatgeber erhalten. Nur zeigt das, nach unserer Meinung, von sehr wenig Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Pflasterstein- und Schotterindustrie, wie der Arbeiter allgemein.

Auch der Anschluß (Februar 1928) an den Dachverband der Scharfmacherorganisation im Unternehmerlager „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände e. V.“ liegt auf derselben Linie wie die Kampfanlage an die Gewerkschaft der Steinarbeiter.

Der Bericht enthält im weiteren in der Anlage a eine „Niederschrift“ über die Besprechung zwischen dem Reichsverband der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie Berlin und dem Reichsverband für das deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbau-gewerbe Leipzig, am 13. Dezember 1928, in Dresden. Diese Niederschrift erstreckt sich 1. auf einen wirtschaftspolitischen Teil, der in der Hauptsache die gemeinsame Propaganda für den Bau der Straßen betrifft. Dieses Handhandarbeiten ist eigentlich eine selbstverständliche Sache; vor mehreren Jahren haben wir selber auf diese Notwendigkeit an dieser Stelle hingewiesen. Soweit also gut und folgerichtig, ob aber der „Tarif- und Lohnpolitische Teil“ über den die Niederschrift im 2. Teil informiert, zu einer solchen gemeinsamen Förderung des Straßenbaues gehört, darüber kann man schon sehr geteilter Meinung sein. Es heißt darüber im Bericht:

- Gegenseitige Meldung über Lohnforderungen und Ausgang der Verhandlungen.
- Benachrichtigungen über ausgebrochene Streiks bezw. Ausperrungen.
- Gemeinsame Aufklärung der Auftraggeberchaft bei Kampfmaßnahmen.
- Gemeinsame Beratungen über evtl. Gesamtausperrungen.

Dann wird noch in diesem Zusammenhang im 3. Teil unter „Verschiedenes“ von Beschüssen berichtet über gemeinsame Kreditmöglichkeiten, Auskunftsverteilung, Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft in Verbandsversammlungen und daselbe für die bezirklichen Organisationen.

Ganz naturgemäß interessiert uns der Tarif- und Lohnpolitische Teil am allermeisten, zumal man sich auch darüber unterhalten hat, die Tarife der Steinarbeiter und Steinseker gleichmäßig ablaufen zu lassen und möglichst — im Dezember, dann wurde von dem Vertreter der Steinseker und dem der Steinindustrie mitgeteilt, daß man sich in ihren Verbänden verständigt habe, keine Lohnerhöhung zuzugestehen. Dieses gegenseitige Couragemachen scheint nun einmal zu einer Unternehmertagung zu gehören wie Salz an die Suppe. Das Couragemachen kostet ja nichts, aber es kleidet denselben Unternehmern schlecht, wenn sie andererseits bei Verhandlungen mit den Arbeitern immer so viele Worte machen über ihre Unternehmerr-Friedensliebe und über ihr Bestreben, die Gegensätze auszugleichen. Man sieht aus der Niederschrift erneut, was auf solche Friedens- und Ausgleichsworte zu geben ist.

Wir haben in unserem Verband aus dem Bericht die Schlussfolgerung zu ziehen, daß wir alle Ursache haben, im Verben für den Verband und in seinem Ausbau nicht locker zu lassen, dann wird unsere Gewerkschaft schon in der Lage sein, die hochschiefen Bäume der Unternehmung so zu beschneiden, daß sie nicht in den Scharfmacherfimmel hineinwachsen.

Im nachstehenden geben wir aus dem Unternehmerverbands-Bericht einiges aus dem Kapitel über „Handelspolitik“ wieder. Wir haben über die von den Unternehmern vertretene Handelspolitik bekanntlich eine andere Auffassung, die allgemein in dem anschließenden Sonderartikel „Zölle und Zollmauern“ zur Geltung kommt, der bereits bei uns schon längere Zeit im Saß stand, und im Zusammenhang mit der Unternehmerrauslassung von unseren Verbandsmitgliedern als angebracht gelesen werden möchte. In dem Unternehmerbericht wird geschrieben:

In der handelspolitischen Frage liegt für unsere Industrie immer noch das Schwergewicht beim deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Wenn auch die Einfuhr von 505 000 Tonnen des Jahres 1927 auf 350 000 Tonnen im Jahre 1928 zurückgegangen ist, so ist doch festzustellen, daß diese Einfuhrhöhe in Anbetracht der außerordentlich schlechten Abschläge Steinindustrie und Gesamtwirtschaft auf schwerste belastet. Bis Mai 1918 war die Einfuhr dauernd steigend, hat in diesem Monat sogar die Einfuhr des Vorjahres bedeutend überschritten. Erst vom Juni ab tritt eine fallende Tendenz in Erscheinung. Trotz des außerordentlich schlechten Geschäftsganges gerade in den Herbstmonaten hat auch im September die Einfuhr zugenommen. Sogar im Jahre 1929, zu einer Zeit, da die deutschen Steinbruchbetriebe fast restlos still lagen und überall unermessliche Lagermengen sich häuften, hat das Ausland mehr Pflastersteine nach Deutschland gebracht, als im gleichen Monat des Vorjahres. Hier zeigt sich deutlich, wie geringes volkswirtschaftliches und sozialpolitisches Empfinden das Vorgehen der vergebenden Stellen vertritt, da trotz der hohen deutschen Arbeitslosenziffer von über 2,3 Millionen ausländische Steine eingeführt werden, die im Ueberfluß und in besserer Qualität im Inland zu beschaffen waren. Im deutsch-schwedischen Handelsvertrag ist als erster Kündigungstermin mit sechsmonatiger Kündigungsfrist der 1. August 1929 vorgegeben. Auf die Vorstellungen der Industrie, auf die Einfuhr schwedischer Steine wieder den autonomen Zoll in Kraft zu setzen, hat der Reichswirtschaftsminister wie folgt in abflehendem Sinne geantwortet:

„Dem Antrage auf Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden vermag ich wegen der damit verbundenen Gefahr für unseren gesamten Handelsverkehr mit Schweden nicht zu entsprechen.“

Eine Aenderung des derzeitigen Zustandes herbeizuführen, erscheint zur Zeit aussichtslos. Ich habe jedoch von der Beschwerde für etwa mit Schweden erneut aufzunehmende Handelsvertragsverhandlungen Vermerk genommen.“

Die deutsche Steinindustrie sucht nun vornehmlich auf die baupflichtigten Behörden dahin einzuwirken, daß sie möglichst deutsche Steine verwendet, ferner die Reichsbahn zu veranlassen, der Notlage der deutschen Steinindustrie durch Tarifiermäßigung Rechnung zu tragen. Das ist sicherlich ein realeres Beginnen, als immer und immer auf den schwedisch-deutschen Handelsvertrag zu verweisen. Möglich wird es schließlich auch sein, eine gewisse Verständigung mit den schwedischen Steinbruchs-Industriellen zu finden, zumal ja in Schweden, deutsche Steinbruchsindustrielle sehr gut mit Kapital beteiligt sind — und am Verdienst!

Bei den Verhandlungen über ein Zollabkommen mit Polen soll sich Polen für Schotter zur Einräumung der Zollfreiheit bereit erklärt haben. Für Reihensteine und Kopfsteine ist eine Ermäßigung von 25 Prozent auf den autonomen Zoll eingeräumt worden. Bei Kleinpflastersteinen und Mosaik will Polen nur die der Tschechoslowakei eingeräumte Zollermäßigung von 0,48 Zlotin (gegenüber 1,20 Zlotin autonom) zugestehen. Auch mit der Tschechoslowakei bestehen noch weitgehende zollpolitische Meinungsverschiedenheiten.

Es ist, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, ein dauerndes Hin- und Hergewerbe mit und in den Zollabkommen bzw. Handelsverträgen. Trotzdem uns die Steinindustrie sehr nahe steht, wagen wir dennoch die Frage aufzuwerfen, wo das hin führen soll, wenn diese allgemein für die deutsche Volkswirtschaft notwendigen Verträge fast nur vom berufsegoistischen Standpunkt aus beurteilt werden? —

Zölle und Zollmauern

Der Kapitalismus befindet sich in der Epoche der großen Umschichtung. Deutlich wird dies durch die Handelspolitik erwiesen, die die einzelnen Länder, besonders die mit hochentwickeltem Kapitalismus führen. Um die Absatzgebiete ist ein Kampf entbrannt, der mit den guten Sitten kaufmännischer Anfängigkeit sich nicht mehr vereinbaren läßt. Dabei spielen natürlich die Zölle, die das Eindringen fremder Waren verhindern sollen, eine wichtige Rolle. Jedes Land umgibt sich mit einer möglichst hohen Schutzmauer, und wie die Dinge gegenwärtig liegen, sind auch die Länder dazu gezwungen, die aus handelspolitischer Weitsicht sonst grundsätzlich Gegner der Schutzpolitik sind. Ein schlagendes Beispiel hierfür bietet England, das bis in die neueste Zeit am Freihandel festgehalten hat, neuerdings aber immer mehr zum Schutzoll übergeht. Seine Lage als Inselreich gestattet England diese Zurückhaltung, und wenn die Wirtschaftskrise, die mit einer dauernden

Massenarbeitslosigkeit verbunden ist, seit Jahren nicht mit un-
 veränderter Schärfe anhalten würde, so würden die Schutzoll-
 bestrebungen in England auch heute noch wenig Anklang finden.
 Auf dem europäischen Kontinent aber, wo als Kriegsfolge eine
 ganze Reihe von neuen Ländern entstanden sind, die in auf-
 gestimmtem Nationalismus jede fremde Ware verbannen möchten,
 haben alle Staaten eine hohe Zollmauer errichtet. Obgleich die
 Weltwirtschaftskonferenz und später auch die Staatenkonferenz sehr
 eindringlich zum Abbau der Zölle geraten haben, werden die Zölle
 nicht nur erhöht, sondern auch auf Waren eingeführt, die bis vor
 wenigen Jahren zollfrei waren.

Das neueste Ereignis ist die Aufstockung der Zollmauern in
 den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Gegensatz zu Eng-
 land hat Amerika auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung bisher
 keine große Zurückhaltung bewahrt, und mit der Wahl Hoover's,
 der schutzollnerisch eingestellt ist, zum Präsidenten der Union, galt
 als feststehende Tatsache, daß die Zölle bald einer gründlichen Re-
 form unterzogen werden. Wenn so die Zollreform keine Ueber-
 raschung ist, so verdient die dazu gegebene Begründung aber doch
 eine Beachtung. Es wird darin behauptet, daß infolge der
 niedrigen Löhne im Auslande Amerika genötigt sei, die Auslands-
 konkurrenz durch Zölle von dem eigenen Absatzgebiete fernzuhalten.
 Dieser Hinweis auf die niedrigen Löhne ist gewiß beachtlich; es
 muß aber gesagt werden, daß Amerika trotz seines höheren Lohn-
 budgets ebenso billig, zum Teil noch billiger als Europa produziert.
 Es kann keine Waren nicht nur im Inlande billiger verkaufen,
 sondern bringt sie auch billiger auf die Auslandsmärkte. Die Kon-
 kurrenz, die die Vereinigten Staaten zu fürchten haben, kann aus
 dem Grunde schon nicht sehr gefährlich werden, weil hinter der
 amerikanischen Industrie eine riesenhafte Finanzmacht, die mäch-
 tigste der Erde, steht. Amerika ist in der Lage, und derartige Fälle
 hat es häufig gegeben, durch Unterbietung den Konkurrenten zu
 schlagen, ihn zu verdrängen. Auch andere Länder sind in der An-
 wendung dieses Mittels nicht zurückhaltend, aber gegen den mäch-
 tigen Amerikaner müssen sie unterliegen. Im Gegensatz zu den
 europäischen Staaten, deren Handelsbilanz fast durchweg passiv ist,
 führte Amerika im Jahre 1928 für rund 3,8 Milliarden Mark mehr
 Waren aus als ein. Deutschland hatte in dem gleichen Jahre
 einen Einfuhrüberschuß von 2 Milliarden Mark. Es liegt auf
 der Hand, daß bei dieser günstigen Stellung Amerikas in der Welt-
 wirtschaft hier die hohen Zölle noch weniger gerechtfertigt sind,
 denn anderswo. Das Vorgehen Amerikas ist geeignet, den euro-
 päischen Schutzollanhängern wieder frisches Wasser auf die
 Mühlen zu bringen.

Anfang Mai hat der Wirtschaftsrat des Völkerbundes die
 dritte Tagung seit seines Bestehens abgehalten. Herausgekommen
 ist dabei nichts, und über die Zölle wurde, wie auch bei den
 früheren Tagungen, gesprochen, aber nichts unternommen, was der
 Registrierung für wert erachtet werden könnte. Wichtig von den
 Arbeiten ist eine Uebersicht über das handelspolitische Gebaren der
 Länder, vor allem der Zollpolitik. Danach haben fast alle Länder
 in den letzten Jahren ihre Zollsätze für eine ganze Reihe wichtiger
 Waren heraufgesetzt. Allein im Jahre 1928 erhöhten viele Länder
 ihre Zölle. Italien erhöhte seinen Zuder- und Weizenzoll, Holland
 schuf einen Wertzoll auf Holzschuhe, Norwegen erhöhte die Zölle
 für elektrische Kabel und Wollwaren, in Dänemark traten die er-
 höhten Zölle für Lugswaren, Röhren und photographische Artikel
 in Kraft, in der Türkei sind Zölle für Rohstoffe eingeführt worden,
 Polen nahm einige Erhöhungen vor, beträchtliche Zollerhöhungen
 haben China und Japan, hier zum Teil um 100 Prozent, vor-
 genommen. Die baltischen Staaten, Estland, Litauen und Lett-
 land haben ihre Zölle auf Benzin, Streichhölzer, Süßfrüchte, Tabak
 und anderen Waren heraufgesetzt. England hat, nachdem in den
 Jahren zuvor hauptsächlich auf Textilwaren Zölle eingeführt wur-
 den, einen Zoll auf Emaillegeschirr eingeführt. Und auch die britis-
 schen Dominien haben alle im letzten Jahre an der Revision
 ihrer Zollsätze gearbeitet.

Überall zeigt sich das gleiche Bild. Soweit die Staaten an
 die Verringerung ihrer Zollsätze herangegangen sind, muß man die
 Feststellung machen, daß sie damit die Erhöhung der Zölle ver-
 bunden haben. Die Tendenz geht nach oben, was natürlich eine
 weitere Zuspitzung der handelspolitischen Gegensätze zur Folge hat.
 Kein Land will zurückweichen, und die Unternehmer verstehen es
 überall ganz gut, auf die Regierung ihren Einfluß dahin geltend
 zu machen, daß Zölle eine Notwendigkeit sind. Zur Beruhigung
 der Wirtschaft führt diese Wirtschaftspolitik nicht, neue Gegensätze
 werden aufgerissen, die wiederum neuen Konfliktstoffe schaffen.

Die Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 hat drei Me-
 thoden empfohlen, um die Zollsätze zu erniedrigen. Es sollen lang-
 fristige Handelsverträge mit beiderseitigem Uebereinkommen über
 die Zölle abgeschlossen werden, die Staaten mögen von sich aus an

die Ermäßigung der Zölle herangehen, und drittens, als letzte Me-
 thode, wird vorgeschlagen, soll der Völkerbund durch Abmachungen
 mit möglichst vielen Staaten auf die Senkung des Zolltarifs aus-
 hinwirken. Wie wenig sich die Länder nach diesen Vorschlägen ge-
 richtet haben, beweist die Tatsache, daß seit 1927 eine ganze Reihe
 von Zollerhöhungen vorgenommen worden sind. Wichtig ist heute
 vor allem die Abschließung von langfristigen Handelsverträgen.
 Daß die Länder diese Methode als richtig halten, kann durch den
 zahlreichen Abschluß von Handelsverträgen als Bestätigung auf-
 gefaßt werden. Hierbei macht sich auch die Tendenz immer
 schärfer bemerkbar, die Laufzeit der Verträge, die nach der bis-
 herigen Gepflogenheit zumeist auf ein Jahr begrenzt war, auf einen
 längeren Zeitraum auszudehnen. Nur sind die Zollsätze durch die
 Verträge in ganz seltenen Fällen gesenkt worden, und darin liegt
 zweifellos die große Schwäche dieser Abschlässe. Die Länder beob-
 achten eine Zurückhaltung, die nicht dafür gebietet werden kann,
 als sei es ihnen ernst mit der Herabsetzung der Zölle. Sicher
 aber ist, daß sich kein Land bei dieser fortwährenden Aufstockung
 der Zollmauern wohlfühlt.

Darin liegt das Verkehre der kapitalistischen Handelspolitik,
 daß sie die eigene Ausdehnung auf Kosten des andern betreibt, und
 zwar mit dem Mittel der gewaltsamen Unterdrückung. Die freie
 Unternehmerinitiative erweist sich hier als eine auf das eigene
 Land begrenzte. Dadurch die fremde Ware zu ver-
 drängen, daß man möglichst hohe Zölle einführt,
 um sie von dem eigenen Inlandsmarkt zu ver-
 drängen, dazu gehört keine große kaufmännische
 Genialität. Das Ergebnis dieser Politik ist ein gegenseitiges
 Ansippen zur Einführung immer neuer Zölle und zur Heraufsetzung
 der bestehenden. Eine Grenze gibt es unter diesen Umständen über-
 haupt nicht. Bezeichnend aber ist, daß kein Land hieraus die rich-
 tige Schlussfolgerung zieht, und wie die Tatsachen zeigen, selbst das
 finanzstarke Amerika macht dieses Wettrennen um die höchsten Zoll-
 mauern mit. Daß diese Handelspolitik zur Katastrophe führen, daß
 eines Tages doch zur Senkung der Zölle geschritten werden muß,
 sind Erwägungen, die alle Länder anstellen, aber niemand die Tat-
 folgen läßt. Ueberall weist man zur Begründung auf die Zoll-
 bestrebungen in den anderen Ländern hin, und die einsichtigen Er-
 mahnungen, an denen es nirgendwo fehlt, werden in den Wind ge-
 schlagen.

Noch größere Schwierigkeiten entstehen durch die Ein- und Aus-
 fuhrverbote. Solche gibt es heute für bestimmte Waren in fast
 allen Ländern. Rußland beispielsweise hat die Einfuhr von Klavi-
 vieren verboten, England hat durch die Einführung eines sehr
 hohen Klavierzoll die Einfuhr dieses Instrumentes nahezu er-
 drockelt. Es besteht eine Konvention über die Aufhebung der noch
 bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote, aber nur wenige Länder
 haben sich zur Ratifikation entschlossen. Man macht die Unter-
 zeichnung von dem Vorantritt anderer Länder abhängig. Es ist
 das gleiche Spiel, wie es um die Ratifikation des Washingtoner
 Abkommens gespielt wird. Dabei ist die wirtschaftliche Unfrucht-
 barkeit dieser Verbote schon so eindeutig erwiesen, daß keinem Lande
 damit gedient ist. Zur Gebung der Wirtschaft und zur An-
 nahme wirklich vernünftiger internationaler Handelsbeziehungen
 tragen die Verbote nicht bei. Gemeinsam mit den hohen Zollmauern,
 die der französische Arbeitsminister Loucheur einmal als Stachel-
 drahtverhau bezeichnet hat, verschärfen sie die Lage immer noch
 mehr.

Steigender Goldwert der Arbeitsstunde

Die komplizierte Wirtschaft in Deutschland erlangt immer
 noch einer eingehenden Durchleuchtung. Das wichtigste Mittel dazu
 ist die auf genauen Ermittlungen beruhende Statistik. In anderen
 Ländern, beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Nord-
 amerika ist diese bereits in viel weitgehendem Maße möglich
 gewesen. Der Enqueteauschuß arbeitet nun bereits drei Jahre.
 Es sind sehr wertvolle Veröffentlichungen daraus erwachsen. Andere
 sollen noch folgen. Hoffen wir, daß sie nicht allzulange auf sich
 warten lassen. Im „B. L.“ vom 19. 5. veröffentlicht der bekannte
 Professor Dr. Jul. Hirsch einige Kennzahlen der Wirtschaftlichkeit.
 Um den Wert der Produktion der „Produktion“ je Industrie zu be-
 rechnen, hat Hirsch auf den Methoden Dr. Walter Rathenau's auf-
 gebaut, welcher diesen in der Weise berechnete, indem er feststellte,
 wieviel an Rohstoff, Kohle und Kraft, an Werten hineinging und
 wieviel an Verkaufswert in ihm produziert wurde. „Zug man vom
 Brutto-Produktionswert das an Roh- und Hilfsstoff von
 außerhalb des Betriebes Kommende ab, so erhielt man den Netto-
 produktionswert des Unternehmens. Diesen dividierte Rathenau
 durch die Zahl der Arbeitsstunden, die im Jahre in solchem Be-
 triebe etwa geleistet wurden. So entstand der Begriff Goldwert

der Arbeitsstunde. Er enthält also außer Arbeitslohn, auf die
 Arbeitsstunde aufgeteilt, alle Betriebskosten einschließlich Abschrei-
 bungen, Zinsen usw., dazu den Reingewinn.“ Die nach den Me-
 thoden von Rathenau durchgeführte Rechnung ergibt folgendes:

Wirtschaftsgruppe	Goldwert der Arbeitsstunde in Pfennigen	
	1913	1926
Bergbau	89	152
Metallerzeugung und Weiterverarbeitung inkl. Elektrotechnik, Optik	76	118
Baugewerbe und Industrie der Steine und Erden	67	109
Holz, Leder, Papier, Druck, Kautschuk- industrie	56	110
Textil- und Bekleidungsindustrie	62	89
Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Gas-, Wasser, Elektrizitätsgewinnung	93	145

Der Goldwert der Arbeitsstunde ist nach diesen Berechnungen
 sehr wesentlich gestiegen; bei den meisten Industriezweigen um
 mehr als 50 v. H. Im einzelnen stieg der Goldwert der Arbeits-
 stunde im Bergbau um 82 v. H., Metallerzeugung und Weiterver-
 arbeitung um 51 v. H., im Baugewerbe und den Nebenindustrien
 um 63 v. H., in den Industrien Holz, Leder, Papier usw. um
 95 v. H., bei der Textil- und Bekleidungsindustrie um 43 v. H. und
 bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 56 v. H. Das sind
 Steigerungen, die sich sehen lassen können. In den obigen Berech-
 nungen zeigen sich die Auswirkungen der Rationalisierung. Man
 halte fest, daß es sich bei obigen Ziffern um wirkliche Goldwerte
 handelt, also Geldentwertungen usw. darin nicht zum Ausdruck
 kommen. Ein Arbeiter schafft also heute wesentlich mehr an Werten
 als in der Zeit vor dem Kriege. Dies müßte in einer entsprechenden
 Besserstellung der Lebenslage zum Ausdruck kommen. Daß dies
 nicht der Fall ist, dürfte allgemein bekannt sein. Man muß die
 Bemühungen, zu exakten Berechnungen über den Goldwert der
 Arbeitsstunde zu kommen, sehr begrüßen und ihnen Erfolg wün-
 schen. Nur dann ist eine Uebersicht darüber möglich, wie die Er-
 giebigkeit der Arbeitskraft gewachsen ist.



AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

- Geperzt:**
1. Gau NO: Heiligenbeil für Steinseker, Ortsansässige wer-
 den nicht eingestellt, weil sie dem Verbanne angehören.
 2. Gau Die Orte des Riesengebirges für Steinseker und
 Brecher. — In Ohlau für Steinseker die Firma Herleb.
 5. Gau. Von Effen bleiben Steinseker fern, weil die Loh-
 nfrage noch nicht geregelt ist.

Steinseker, meidet den Zuzug nach Holland! Der Straßen-
 bauerunternehmer H. S. Vale, Arnheim in Holland, sucht in deut-
 schen Zeitungen Steinseker. Die holländischen Kollegen stehen in
 Lohnbewegung.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion
 mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung
 zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Die Gefahren der Steinbrucharbeit. Ein schweres Unglück
 ereignete sich in der verflochtenen Woche im Ströbeler Granit-
 werke. Dort ging ein 30 Jähriger schwerer Steinblock un-
 vermutet nieder und traf einen 60jährigen Steinarbeiter, dem
 ein Bein zerschmetterte und der Kopf aufgeschlagen wurde. Auch
 trug er schwere innere Verletzungen davon. In bedenklichem Zu-
 stande wurde der Bedauernswerte in ein schweidnitzer Kranken-
 haus übergeführt.

Die Arbeitslosenzählung im Verband für April ergab von
 60 324 Mitgliedern 7237 Arbeitslose = 12 Prozent; wenn auch die
 Zahl der Arbeitslosen gegen die Vormonate zurückgegangen ist,
 bedeuten 12 Prozent gegen die Vorjahre einen hohen Prozentfuß.
 Ueber 10 000 Mitglieder wurden keine Zählmeldungen eingelangt.

Aus dem Wetterwinkel



Bilde dir nur nicht ein:
 Lebenssei Sonnenchein!
 Mußt dich befeiden,
 Leben heißt leiden,
 Ist rückwärts gesehen,
 Nur „Nebel“ gewesen.

Das obenstehende,
 irgendwo einmal ge-
 lesene lebensrichtige
 Verschen fiel mir ein,
 als ich in einer Tages-
 zeitung lesen konnte,
 daß zu Pfingsten in
 Stuttgart ein Vaga-
 bundenkongreß stattge-
 funden hat. Warum
 auch nicht, denn alles
 kongressiert heute, war-
 um sollen da nicht die
 Wanderer, denen das
 Tuppeln zum Beruf ge-
 worden ist, sich auch einmal versammeln, Richtlinien aufstellen und
 Resolutionsen fassen dürfen. In Stuttgart wohnt sogar der so-
 genannte „Kunden-König“, der Einberufer des Kongresses, in einem
 kleinen Blockhüschchen und gibt seit etwa zwei Jahren die Zeitschrift
 „Der Kunde“ heraus. Vielleicht bekomme ich diese Schrift auch noch
 einmal in die Hände, obgleich keiner der Kunden, die bisher an
 meinem Schotterhaufen an der Landstraße tagtäglich vorbeistrichen,
 beim Befragen von der Existenz einer solchen Kundenzeitschrift
 etwas wußte; das wußten nicht einmal die alten abgefeimten Sped-
 itoren, die sich auf ihren gelehrten Beruf nur noch schwer besinnen
 können, weil sie allzulange schon kreuz und quer durch die Lande
 laufen, schleichen und traben. Und wenn diese von der genannten
 Zeitschrift nicht wüßten, dann ist sie sicher nicht für die
 richtigen Kunden, den wirklichen Vagabunden
 geschrieben.

Die Wandergesellen früherer Jahre würden sicherlich auf dem
 Kongreß, wenn er schon damals stattgefunden hätte, nicht vertreten
 sein, denn bei aller Freude an der Tuppelei hüteten sich doch die
 meisten der Vagabundage zu verfallen, und es gab ihnen immer
 einen bitteren Geschmack, wenn die runden Speißbürger der Städte
 oder die fatten Bauern bei den kleinen ersuchten Gaben so etwas
 von Vagabunden durchblicken ließen. Heute ist das wohl noch viel
 schlimmer, weil heute mehr die Not als der Wandertrieb, der im
 Beruf mit verankert war, die Menschen auf die Landstraße treibt.

Die Steinflöcker aller Art, einschließlich der Padhöder und
 Steinrammler, stellten damals einen ziemlichen Teil der Tuppel-
 brüder, und als ich von dem Vagabundenkongreß in der Zeitung
 las, tauchten alte Erinnerungen auf. Natürlich hat man nur die
 wenigen angenehmen im Gedächtnis behalten, der unangenehmen
 erinnert man sich nicht gerne, denn auch auf der Tuppelei wurde sehr
 oft so gehungert, daß die Schwarte knakte, und die Schikanen von
 Polizei und Gendarmerie waren durchaus nicht gering. Es war im
 wirklichen Sinne des Wortes durchweg ein Hundeleben, voll von
 Demütigungen und menschlichen Gemeinheiten, über die nur ein ge-

sunder Humor, reelle Lebensauffassung und die Freude am Beruf
 hinweg half. Gewiß ist mancher untergegangen bei dem Hundele-
 ben, wurde ein wirklicher Vagabund, der dann wurzellos und
 rastlos gerade und trumme Wege geht und sich nimmer wieder in
 geordnete Verhältnisse zurückfinden kann, bis er an irgendeinem
 Wegesrain endet wie ein Hund. Ob da wohl der Kongreß etwas
 ändert? — Ich glaube das nicht auf Grund der Erfahrungen, die
 man selber vor Jahren im Landstrafen- und Penneleben gesammelt
 hat. Wohl traf man unter den Entwurzelten prächtige Menschen
 mit Wissen und Können, auch solche, denen Kollegialität und Ge-
 fälligkeit keine leeren Worte gegen gleiche Leidensgefährten waren;
 dennoch hatten sie irgendeinen moralischen Defekt.

Folgendes nette Lied habe ich von einem solchen vermorrten
 Vagabundengenie noch im Gedächtnis, er konnte es so wunderbar
 zum Gaudium der Zuhörer vortragen. Die Dichtung allerdings
 stammt nicht von ihm, die ist aus den 50er Jahren des vorigen
 Jahrhunderts und wird Karl Stieles zugeschrieben.

Drob'n auf der Alm, da hoßt a Herr,
 Der kimmt schier bis von Preußen her,
 Ausländ'risch schau't er si' scho recht,
 Deut'sch kann er a bißl, aber schlecht.

„Nu, liebe Frau, möcht' ich mir laben,
 Kann ich ein Tröpfchen Milch wohl haben?“
 „Recht gern“, sagt d' Senn'rin, „wenn i's hätt,
 Aber loa Frau, dös bin i net.“

„I, ist an Milch hier solche Not?
 Dann, Fräulein, jieb's wohl Butterbrot?“
 „Recht gern“, sagt's, „wenn i nur oans hätt,
 Aber loa Fräul'n bin i net.“

„Na, Jungfrau, sei'n Sie nur nicht böse,
 Dann jieb's doch wohl'n Stückchen Käse?“
 „Recht gern“, sagt's, „wenn i nur oans hätt,
 Aber loa Jungfrau bin i net.“

„Wie soll ich denn dies Rätzel lösen,
 Wer sind Sie denn, verehrtes Wesen?“
 „Herrgott“, sagt sie, „ist dös a G'walt,
 Wer wer' i sein? — a Dirndl halt.“

Der Vagabund, der das vorstehende Lied sang, wußte auch sonst
 manches Lebenssprüchlein, unter anderen folgendes übers „Glück“,
 wovon ich den zweiten Vers leider gänzlich verschwitz habe.

Das Glück gleicht oft dem Schlingel,
 der nachts vor deinem Haus,
 zum Scherz reißt an der Klingel
 und dann — kneift aus.

Manche unserer heutigen Kollegen würden auch einen ganz an-
 deren Begriff bekommen von der Kollegialität, wenn sie die damals
 übliche Lebensführung auf der Tuppelei hätten mit erleben können.
 Und ich sage es ganz ungeniert, wenn meine Moneten es hätten ge-
 stattet, dann war ich schon aus reiner Neugier verfloßene Pfingsten
 in Stuttgart auf dem Vagabundenkongreß.

Was man aber so über die Tagung in den Zeitungen lesen
 konnte, hat mit dem wirklichen Vagabundentum der Landstraße
 eigentlich nichts zu tun. Ich habe den Eindruck, als wenn es nur
 wichtigtuende Boheme war, was sich da in Stuttgart versammelt
 hat. An und für sich ist es ja auch lächerlich, der wirklichen Vaga-

bundage durch eine Zeitung und gar durch einen Kongreß einen
 Organisationsstempel aufdrücken zu wollen; ein richtiger Land-
 streicher hat dafür absolut keinen Sinn, und wer das Gegenteil be-
 hauptet, der hat nie unter ihnen und mit ihnen gelebt. Oder auch
 es scheint sich ein modernes Vagabundentum zu entwickeln, was sich
 auf seine Brüchigkeit noch etwas einbildet, aber auf die wirklichen
 und richtigen Landstreicher doch von oben herabschaut. — Servus!

Im vorgehenden war mehreremal die Rede von Kolle-
 gialität, um diese näher zu erläutern, lassen sich eine Fülle von
 Vorformeln aus dem Leben anführen, ohne den Begriff end-
 gültig umschrieben zu haben. Die Bezeichnung „Kollege“ bezieht sich
 eigentlich nur auf den Mitarbeiter im Arbeitsverhältnis, wobei
 der Altersunterschied gar keine Bedeutung hat.

Die Charaktere (Gemüts- und Gemüts- und Gemüts- und Gemüts-
 der Menschen sind sehr verschieden, das findet man am ersten im
 Arbeitsverhältnis, wo durch die Berufsausübung mehrere, mitunter
 viele zusammen arbeiten müssen. Und dieses „Müssen“ verlangt
 gegenseitig, genau wie im öffentlichen Leben, wie in der engeren
 Familie und im Freundeskreis, oft viel Takt, Einsicht,
 Duldsamkeit, Gefälligkeit und Verstehen. Diese
 Eigenschaften fehlen leider dem einzelnen nicht selten, wodurch
 die unliebsamsten Vorformeln entstehen, die das Leben anderer
 verbittern, vergällen, ja es manchmal zur direkten Qual werden
 lassen. Das Fehlen dieser Eigenschaften ist durchaus nicht immer
 mangelnde Erziehung, sondern hängt mit dem Charakter zusammen.
 Ein ausgeprägter Egoist hat sie nicht, er ist deshalb durch-
 weg auch kein guter Kollege. Denn er sieht nur sich, denkt nur an
 sein „Ich“. Ein reiner Egoist ist darum auch selten mit
 dem Herzen bei der Organisation, höchstens nur solange ihm ein
 gewisser Vorteil winkt. Jeder Kollege, der selbstständig denkt,
 wird in seinem Leben schon dahingehende Beobachtungen haben anstellen
 können und über Egoisten seine eigenen Erfahrungen gemacht haben.

Takt im kollegialen Verkehr bedeutet: Nicht über die Unge-
 schicklichkeit eines Kollegen bei der Arbeit spotten, nicht dauernd
 höhnen oder frozeln, wenn ein Arbeitsstück verunglückt, nicht über-
 flug reden und tun, wenn man im Gegensatz zum Kollegen seine
 Arbeit technisch praktischer und leichter ausführen kann, nicht dem
 Kollegen fühlen lassen in herabsehbenden Worten, daß er minder
 leistungsfähig ist; taktvoll ist es auf keinen Fall, wenn der Kollege
 oder der Unternehmer gerade an der Arbeitsstelle erscheint, nun so
 zu tun, als wolle man die ganze Arbeit allein machen. Taktvoll ist
 es nicht bei gemeinsamer Arbeit, an einem Werkstück den anderen
 fortwährend anzutreiben, und wenn es fertiggestellt ist, so tun, als
 wenn man es allein geschafft hat. Takt im kollegialen Verkehr ist
 nicht: Im Gesicht freundlich und hinterm Rücken Schlechtes er-
 zählen, oder dem Lehrling oder dem Hilfsarbeiter gegenüber den
 Geschwollenen zu spielen, etwa so, daß einen fühlen lassen, daß er
 noch Junge ist, und dem anderen, daß er nur ein Hilfsarbeiter ist.
 Taktvoll ist es nicht, unangenehme persönliche oder familiäre An-
 gelegenheiten eines Arbeitskollegen zu erörtern, ohne daß dieser
 selbst die Anregung und Veranlassung dazu gegeben hat. Taktlos
 ist es auch, auf Kosten des Mitarbeiters Witze zu machen oder ihn
 zu Ausgaben (Biergelage) zu veranlassen, die seiner Familie ent-
 zogen werden. Taktvoll und kollegial ist es dagegen immer, wenn
 man seine körperliche, berufliche und geistige Ueberlegenheit nicht
 aus Selbstjucht in den Vordergrund schiebt, sondern diese Eigen-
 schaften ohne großes Aufsehen in den Dienst der Kollegen stellt,
 ihnen hilft mit Rat und Tat.

Aus dem 3. Gau. Vom 26. bis 29. Mai fand in Naturfreundehaus Valtensberg (Lautsch) der letzte Wanderkursus vor dem Verbandstage statt. Es war dies der erste Kursus, der in einer angenehmeren Jahreszeit stattfand, die übrigen fanden durchweg in kalten, regnerischen Zeiten statt. 58 Teilnehmer hatten sich eingefunden, von denen 10 ledig waren.

Nach dem Jahresalter rangiert waren bis 25 Jahre alt 8 Teilnehmer, von 26 bis 30 Jahre 28, von 31 bis 35 Jahre 7, von 36 bis 40 Jahre 7, von 41 bis 50 Jahre ebenfalls 7 und über 50 Jahre 1 Teilnehmer.

Unter den Teilnehmern waren folgende Berufsgruppen vertreten: 10 Bäcker, 18 Steinmetzen, 24 Mästersteinmacher, 4 Schotter- und Hilfsarbeiter, 1 Betriebsbandwerker und 1 Steinleher.

Von den Teilnehmern waren im Verband bis 5 Jahre 23, bis 10 Jahre 19, bis 15 Jahre 4 und über 15 Jahre 12 Teilnehmer.

Verbandsfunktionen wurden von ihnen ausgeübt: 9 Vorstandsmitglieder, 7 Kassierer, 2 Revisoren, 8 Hilfskassierer, 2 Beisitzer, 17 Betriebsratsmitglieder und 13 Teilnehmer hatten augenblicklich keine Funktion.

Nach der politischen Organisation betragt waren 33 in der SPD, 2 in der KPD, 1 USVP (christlich-sozialer Reichspartei, eine Absonderung vom Zentrum) und 22 Teilnehmer waren politisch nicht organisiert.

Dieser Kursus zeigte eine aufgeweckte, lebhaftige Kollegenschaft, wozu man keine Freude haben kann. Sie stammten alle aus der Lautsch mit den alten Stammzählstellen unserer Organisation. Die Aussprache am Kurzschluss brachte das ebenfalls zum Ausdruck und allgemein wurde gewünscht, daß diese Kurse zur Schulung des Nachwuchses und der Funktionäre auch in Zukunft beibehalten werden.

Die Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung im Verband. An dem Vorschlag des Kollegen Wolf in Nr. 21 ist mir zu meist die etwas rohe Bearbeitung des Ganzen aufgefallen, wohl verursacht durch das Fehlen zahlenmäßiger Unterlagen über die Möglichkeit der Durchführung. Gewiß kann man auf solche Art Aussprachen herbeiführen, muß sich aber gewärtig sein, daß diese dann nicht zugunsten der Sache beitragen, sondern abfällige Kritik hervorrufen. Diese Möglichkeit sollte unter allen Umständen vermieden werden, denn die Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung in unserem Verband ist notwendig und möglich, weil der Verband dem einzelnen Kollegen in jeder möglichen Lebenslage helfend beispringen soll. Der Begründung des Kollegen Wolf ist nichts hinzuzufügen.

Die Beitragszahlung, getrennt vom Verbandsbeitrag, gäbe doppelte Arbeit auf der ganzen Linie, vom Unterfasserer über die Zahlstellen zur Hauptkasse. Der Beitrag für die Unterstützung muß sich in der Höhe den einzelnen Beitragsklassen anpassen. Die dadurch entstehende Staffelung im Bezug auf Unterstützungshöhe könnte mit dazu führen, daß die Beitragsleistung entsprechend dem tatsächlich verdienten Lohn sich besserte. Bekanntlich hapert es da nicht wenig. Aus Vorstehendem ergibt sich, daß mit einem gleichen Beitrag für alle in Höhe von 50 Pfennig pro Woche nicht gerechnet werden soll. Die Belastung für die kleineren Wochenlöhne würde auch zu groß werden. Es ergibt sich weiter hieraus die Notwendigkeit, Unterlagen zur Hand zu haben über die Zahl der 1928 vertriebenen Beitragsarten, getrennt aufgeführt in den einzelnen Klassen. Nur dann ist die Möglichkeit gegeben, Berechnungen aufzustellen über Beitragshöhe, Fondsanammlung bzw. Wartezeit und Unterstützungshöhe.

Aus den „Besonderen Bestimmungen“, Ziffer 2, ist zu entnehmen, daß nur der Unterstützung bezogen kann, der nach dem 55. Lebensjahre invalide wird. Das wäre keine Alters- und Invalidenunterstützung, sondern nur Altersunterstützung. Es wäre unangebracht, die schon in jüngeren Jahren erwerbsunfähig invalid werdenden Kollegen auszuschließen, soweit dieses durch Krankheit oder vorzeitigen Verbrauch der Kraft eintritt. Sie müssen unterstützungsberechtigt sein, zumal für jüngere Invaliden die Invalidenrente niedriger ist wie für ältere, und bei den jüngeren die Familienverhältnisse — kleinere Kinder — mit ins Gewicht fallen. Aber auch hierzu gehören zahlenmäßige Unterlagen. Bekanntlich bauen sich ja alle Versicherungen auf der sog. Versicherungsmathematik auf, der gewisse Erfahrungszahlen als Grundlage dienen. Anders geht es bei uns in diesem Falle auch nicht.

Ich habe ausgerechnet, daß nach dem Vorschlag des Kollegen Wolf hinsichtlich Beitragsleistung innerhalb drei Jahren ein Re-

servendonds von über 5 Millionen Mk. sich ansammeln würde. (70 000 Mitglieder x 0,50 Mark x 52 Wochen x 3 Jahre). Ein Fond in dieser Höhe ist unnötig bei fortlaufenden Beiträgen. Schön und gut wäre es, diesen Beitrag zu haben, aber man soll nicht so überspannen und bedenken, von wem und wie solche Gelder aufgebracht werden müssen. Und doch, wenn wir an die Aufgabe herantreten und willens sind, sie zu meistern, ist sie auch zu lösen. Vorschläge möchte ich, daß die Zentrale eine Vorlage ausarbeitet und diese mit Zahlenunterlagen, die eine Nachprüfung ermöglichen, im Steinarbeiter zeitig veröffentlicht. Gleichzeitig aber bitte ich, nicht eine Vorlage zu schaffen nach dem Grundsatz: Es sieht gut aus, kostet nicht viel, nützt aber nichts! Wenn wir etwas schaffen wollen, dann etwas, das auch den Zweck, dem es dienen soll, wirklich erfüllt. Verfehlt soll zum Schluß nicht werden.

Das Ganze ist nur zu schaffen durch Beitragsfreudigkeit und Beitragserlichkeit, durch Solidarität, die den Geldbeutel in Anspruch nimmt und dadurch dem Ideellen den materiellen Wirklichkeitswert als Grundlage zum Gelingen geben muß. H. S., Wiesbaden.

Tarifbezirk Köslin. Am 12. Mai fand in Köslin eine Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren sieben Zahlstellen. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht. 2. Vortrag über Sozialversicherung. 3. Wahl des Obmanns. 4. Verschiedenes. Zum Versammlungsleiter wurde der Kollege Hain, Rügenwalde, und als Schriftführer Kollege Herzog, Stolp, gewählt. Den Jahresbericht gibt der Bezirksobmann, Kollege Czaja, Lauenburg. Die Mitgliederzahl ist von 180 auf 350 gestiegen, eine Zunahme von 170, mit zwei Zahlstellengründungen. Ein ganz erfreuliches Resultat. Konferenzen haben zwei stattgefunden. Von den geführten Rechtsachen haben 27 Erfolg gehabt und 27 schweben noch. Ueber die letzte Lohnverhandlung kam es noch zu einer regen Aussprache. Auch darin haben wir einen Erfolg zu verzeichnen, für 1929 eine Zulage von 4 Pfennig und für 1930 6 Pfennig pro Stunde. Auf die Steinschläger-Akkordlöhne ist es prozentual verrechnet worden. Der Kollege Ehler, Schivelbein (Steinschläger), brachte einen Vergleich zwischen Steinbrecher und Handarbeit an. Unter anderem führte er aus, daß das von der Maschine hergestellte Material nicht so gut zum Straßenaufbau wäre und die Behörden bald wieder von Steinschlägern hergestelltes Material verlangen würden; auch ist noch viel Arbeit unter den Steinschlägern zu leisten, um etwas Einheitsliches zu erzielen. Im Anschluß wurde die neue Lohnkommission zusammengestellt. Es sind die Kollegen Taubenheim, Köslin, Kauß, Kolberg, Hain, Rügenwalde, Wied, Stolp, und Ehler, Schivelbein. Zu Punkt 2 hielt der Kollege Czaja einen Vortrag über die Sozialversicherung und empfiehlt zum Schluß den Kollegen das Buch über die Reichsversicherungsordnung 1929. Verlagsgesellschaft Deutsche Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg.

Als Bezirksobmann wurde der Kollege Czaja, Lauenburg, einstimmig wiedergewählt. Im Verschiedenen soll für die alte, unbrauchbare Schreibmaschine eine neue angeschafft werden. Da die Bezirkskasse nicht soviel Belastung aushält, wurde ein Antrag eingebracht, sich mit dem Zentralverband in Verbindung zu setzen, ob er nicht 50 Prozent der Kosten der Bezirkskasse abnehmen will. Auch wurde angeregt, zu dem im September kommenden Verbandstag einen Delegierten von unserem Bezirk aufzustellen. Zu dem im Herbst kommenden Gesellenauschuwahl wurden die Kollegen Frik Schramm, Köslin, Kauß, Kolberg, Czaja, Lauenburg, Max Hermann, Stolp, Förlig, Belgard, und Greinke, Schlawe, letztere drei als Ersatzmitglieder, einstimmig gewählt. Mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die Konferenz geschlossen.

Hamborn a. Rhein. In Anwesenheit von 14 Mitgliedern am 12. Mai, 10 Uhr, Verammlung. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Kartellbericht. 3. Dertliches und Verschiedenes. Nach Erledigung des 1. Punktes gab Kollege Cziczinski den Kartellbericht, worin besonders das Gewerkschaftsfest und die Bibliothek erwähnt wurden. Letztere soll möglichst jeder Kollege oft in Anspruch nehmen, damit jeder mit dem Verdegang der Gewerkschaften vertraut wird. Ferner wurde in dem Bericht die überlange Arbeitszeit im Straßenaufbau erwähnt. Sind es doch meistens Unorganisierte und auswärtige Kollegen, die sich schwer an den Achtstundentag gewöhnen können; obwohl die Tiefbauverwaltung beim Zuschlag der Arbeiten an die Unternehmer die Bedingung knüpft, daß nur 8 Stunden gearbeitet werden darf. In Zukunft sollen die Unternehmer, die dieses Treiben dulden, zur Verantwortung gezogen werden; auch sollen sie bei Vergütung der Arbeiten ausgeschlossen werden. Ortsauschuwahl und Tiefbaukommissionsmitglieder beider Arbeiterparteien sowie Ar-

beitslosigkeit. Hier lassen sich sehr viele Beispiele anführen, ich will sie nicht ausräumen, um nicht weisheitsfüchtig zu werden. Der Betrieb, die gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen liefern davon viel; die Akkordarbeit, die größere Geschicklichkeit des anderen Kollegen in der Arbeit usw. liefern ebenfalls nicht wenige Beispiele. Dann wachsen diese noch heraus im gesellschaftlichen Verkehr der Familien usw. Ueberall wird der lebenserfahrene Kollege sicher schon selber seine Beobachtungen gemacht haben. Das schlimmste ist natürlich, wenn sich unter der Maske einer tiefenden Kollegialität die trassigste Antokollegialität, Schnüffelei und Falschheit verbirgt. Wer in seinem beruflichen und sonstigen Wirken in solcher Umgebung steht, der ist nicht zu beneiden und muß viel Selbsterziehung aufbringen, um nicht zum Gaudium der andern aus der Rolle zu fallen.

Die organisierte Arbeiterkraft vertritt die Auffassung, daß fast alle schlechten Eigenschaften im menschlichen Zusammenleben ihre Wurzeln haben in den Eigentumsverhältnissen und Eigentumsbegriffen der kapitalistischen Wirtschaft. Zweifellos ist das richtig, und die organisierte Arbeiterkraft sieht in dem jetzigen Zustand eine vorübergehende Entwicklungsphase zu höherer Kultur des einzelnen wie der Gesamtheit. All unser Wirken in der Arbeiterbewegung ist bekanntlich darauf eingestellt, diese Entwicklung zu beschleunigen und auszunutzen. Dazu gehört natürlich auch die Beeinflussung des Einzelmenschen, des einzelnen Kollegen, um ihn für diese höhere Kultur reif werden zu lassen. Neben allgemeinem und besonderem Wissen über die Struktur der Vergangenheit, der Gegenwart, sowie den Zielen, also für die Zukunft, gehört, daß der einzelne an seinem eigenen inneren Menschen arbeitet, um den Begriff Kollegialität zur schönsten Eigenschaft im Zusammenleben zu bringen. Denn das Wort umfaßt alles, was von der Arbeiterbewegung in ihrem großen Kampfe zur Eroberung der Macht nicht entbehrt werden kann. Darum muß im kollegialen Verkehr untereinander bei jeder Gelegenheit, also in jedem Fall, jede Unaufrichtigkeit, Bosheit und Falschheit verschwinden. Jeder gönne dem anderen Kollegen, was er hat und was er kann. Wenn der damit Unzufriedene glaubt, in dieser oder jener Sache mit dem andern; dessen Haltung und Handhabung nicht mehr einverstanden sein zu können, dann heraus mit der Meinung in gegenseitiger frischer und aufrichtiger Aussprache; niemals aber darf durch unaufrichtige Erzählungen an dritte, vierte Personen usw. die abweichende Meinung weitergegeben werden. Das ist eines Kollegen, eines organisierten Arbeiters unwürdig und ist, nebenbei gesagt, auch sehr feige. — So denkt der

Steinklopfer-Hannes.

Moderne Kinder.

Du wirst noch der Nagel zu meinem Sarg!
Ruft Vater und kann sich vor Zorn kaum fassen.
Da fragt sein Junge ganz ohne Arg:
Ich denke, du willst dich verbrennen lassen?

*

So ändern sich die Zeiten.

Mit zwölf Jahren piffst dich der Bu ein Liebel,
Und Nachbars Friedel tanzte dazu;
Zwölf Jahre später da piffst die Friedel —
Und wie sie piff, so tanzte der Bu! —

beitsamt werden ebenfalls ihr Augenmerk darauf richten, daß die 48-Stunden-Woche richtig eingehalten wird. Dann äußerte sich Kollege Garba über die Arbeitszeit, wobei die Kollegen aufgefordert wurden, aufzupassen, wie lange auf den einzelnen Baustellen gearbeitet wird, und ihm Bescheid zu sagen, wenn unberechtigterweise länger gearbeitet wird, damit er die nötigen Schritte unternimmt und so den Wählern das Handwerk gelegt wird. Auch die Hamborner Kollegen, die gerne die Verammlungen schwänzen, mögen dies beherzigen und etwas mehr in der Organisation tätig sein. Das Mitgliedsbuch allein macht es nicht. Ist es uns gelungen, in den Jahren nach der Inflation durch unsern Zusammenhalt die Achtung der Unternehmer zu erringen und daß jeder Kollege beschäftigt wird, so darf jetzt erst recht kein Kollege die Hände in den Schoß legen, sondern das Erreungene festhalten und weiter ausbauen, damit wir das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben, nämlich den vollenbetenden Sozialismus. Ueber die Arbeitszeit sprachen noch einige Kollegen. Hieraus beschloß die Verammlung einstimmig, daß die Arbeitszeit 7 Uhr beginnt und 16,15 Uhr endet. In der Zeit ist eine viertelstündige Frühstückspause und eine halbstündige Mittagspause enthalten. Also 8 1/2 Stunden täglich. Sonnabend ist dementsprechend früher Feierabend, nämlich 13,15 Uhr. Dieses sollen auch die zureisenden Kollegen, hauptsächlich aus den Nachbarkräften, beachten. Auch ermahnte Kollege Garba, auf die Wohlfahrtseinrichtung zu achten, daß auch die Gelber der Unorganisierten an die Wohlfahrtskasse abgeführt werden. Sache der letzteren ist es, so schnell wie möglich in den Verband einzutreten, damit sie in den Besitz einer Wohlfahrtskarte gelangen; denn ohne diese wird später kein Geld ausgezahlt. Ferner soll das 10jährige Bestehen der Zahlstelle am 7. September gefeiert werden, und zwar im Volkshaus. Zur Finanzierung soll pro Monat eine Mark von jedem Mitglied erhoben werden. Ist jemand verhindert, an dem Fest teilzunehmen, so erhält er sein Geld auf Wunsch zurück. Nachdem noch der Vorsitzende die Statistik über die Gewerkschaftsbewegung bekanntgegeben hatte, wurde die Verammlung mit dem Wunsch besserer Beteiligung geschlossen.

Bredenscheid. Am 11. Mai fand unsere Jahreshauptversammlung statt. 1. Punkt der Tagesordnung war Neuwahl des Vorstandes, 2. Punkt Verschiedenes. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Heinrich Lingemann gewählt, Kassierer Peter Kreams (Wiederwahl), Schriftführer Joseph Zeier. Im Punkt 2 entfaltete sich eine lebhaftige Diskussion, hauptsächlich wurde darauf hingewiesen, bei der Agitation für unsern Verband nicht zu erlahmen, da immer ein Teil unserer Berufskollegen dem Verbande noch fernsteht. Durch gute Agitation konnten wir in einem kleineren Betriebe im Bereiche unserer Zahlstelle 8 Neuaufnahmen verzeichnen und 2 Ueberreibungen von anderen Organisationen vollziehen.



Löhne und Lebenshaltungsindex. Solange die vom Statistischen Reichsamt errechnete Maßziffer der Lebenshaltungskosten besteht, wird sie bei dem Vergleich zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten herangezogen werden. Nach den Berechnungen dieses Amtes ist der durchschnittliche Tariflohn höher gestiegen als der Lebenshaltungsindex. In Wirklichkeit ist dieser Schluß aber unrichtig, denn der amtliche Lebenshaltungsindex ist für die Beurteilung der tatsächlichen Lebenshaltung schlecht geeignet. Die Bremer Arbeiterkammer kommt in ihrem Jahresbericht auf das Problem Löhne und Lebenshaltungsindex zu sprechen, wobei folgendes ausgeführt wird:

„Der Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts berücksichtigt z. B. nicht, daß infolge der Wohnungsnot große Massen von Arbeitern nicht mehr in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen und somit verhältnismäßig hohe Reisepesen tragen müssen. Ferner muß ein großer Teil der Arbeiterfamilie Wohnungen bewohnen, deren Preis wesentlich über die gesetzlich festgelegte Höhe hinausgeht. Zu bedenken ist ferner, daß während des Krieges und der Inflationszeit Bekleidungsstücke und Hausrat nicht beschafft und die veräußerten Anschaffungen erst in der letzten Zeit bei verhältnismäßig sehr gestiegenen Preisen langsam nachgeholt werden konnten. Neue Bedürfnisse sind überdies entstanden; so z. B. das Anschließen an das Radio und das der Körperkultur, deren Befriedigung heute als unentbehrlich anzusehen sind. Auch Änderungen der Mode und der Lebensgewohnheiten haben die Lage des Arbeiters stark beeinflusst.“

Nimmt man noch hinzu, daß der amtliche Lebenshaltungsindex Ausgaben, wie Steuern und Versicherungsbeiträge usw., nicht berücksichtigt, dann wird die Forderung immer dringender, diese Maßziffer durch eine andere zu ersetzen. Sehr richtig weist die Bremer Arbeiterkammer auf die neu entstandenen Bedürfnisse hin. In der Tat wird heute erfreulicherweise in den Arbeiterfamilien ein viel größeres Gewicht auf Körperkultur gelegt als in früheren Zeiten. Auch die Arbeiterfrau will heute gut angezogen sein und jung erscheinen. Dazu ist es notwendig, daß dafür erhöhte Aufwendungen gemacht werden müssen. Radio, Sport und anderes gehören auch bei der Arbeiterklasse zu den unentbehrlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens. Deshalb fort mit dem irreführenden Lebenshaltungsindex.

Rund um den Arbeitsmarkt. Die Frühjahrsbelegung des Arbeitsmarktes ist eine durchgreifende gewesen. Mehr als 1,3 Millionen Arbeitskräfte konnten seit dem Höchststande der Arbeitslosigkeit wieder eingestellt werden. Nach der Statistik des DGB betrug die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften Ende April 9,2 v. H. in der Konjunkturgruppe und 19,2 v. H. in der Saisongruppe. Insgesamt betrug die Arbeitslosigkeit in den Jahverbänden 11,1 v. H. gegen 16,8 im März und 22,3 v. H. im Februar. Kurzarbeiter wurden Ende April 6,6 v. H. festgestellt. Im Februar arbeiteten 8,5 v. H. und im März 7,5 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder verfürzt. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer um rund 650 000 Personen größer als im September vorigen Jahres und um rund 430 Personen größer als im Anfang Mai 1928. In diesen Zahlen spiegelt sich die Verschlechterung der Konjunktur wider. Ein eigenartliches Merkmal der diesjährigen Arbeitslosigkeit liegt in den verhältnismäßig großen Schwierigkeiten, die der vollständigen Belegung des Baumarcktes entgegenstehen. Unter den Bauarbeitern ist die Arbeitslosigkeit noch sehr stark, der Abruf von Arbeitskräften erfolgt in den letzten Wochen sehr schleppend. Dies hängt mit der verhältnismäßig schlechten Finanzlage zusammen. Dem Baumarckte stehen öffentliche Gelder in genügender Maße zur Verfügung, doch können diese aus verschiedenen Gründen schlecht flüssig gemacht werden. Hier wäre es notwendig, energisch für Abhilfe zu sorgen.

Die Arbeitslosigkeit ist in einzelnen Gebieten des Reiches sehr vertrieben. Im ganzen Reiche kommen auf hundert Beschäftigte etwa 8 unterstützte Arbeitslose. Die östlichen Bezirke liegen über dem Reichsdurchschnitt, während die Rheinprovinz, Berlin-Brandenburg mit ihm gleich sind. In Westfalen kommen auf hundert Beschäftigte nur rund 4,5 unterstützte Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit in den Großstädten trägt einen besonderen Charakter. Die sog. bleibende Mindestarbeitslosigkeit ist in den großen Städten besonders hoch; selbst bei guter und günstiger Beschäftigung. Diese großstädtische Dauerarbeitslosigkeit bildet für die Arbeitslosenverhältnisse ein ebenso wichtiges Problem, wie die Saisonarbeitslosigkeit. Es ist also festzustellen, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in ziemlich erheblicher Maße erfolgt ist. Nunmehr ist eine Störung eingetreten. Das Baugewerbe, die Landwirtschaft und die anderen Augenberufe dürften so ziemlich mit Arbeitskräften verjorzt sein. Es wird wohl auf die allgemeine Konjunkturalentwicklung ankommen, ob und in welcher Weise der Arbeitsmarkt neue Auftriebsmöglichkeiten erhält.

Einsicht und Verstehen im kollegialen Verkehr heißt die persönliche Not (geistig und materiell) seines Arbeitskollegen würdigen. Vielleicht drückt eine größere Kinderzahl ihn dauernd zu Boden, vielleicht kann seine Ehehälfte nicht gut einteilen oder ist sonst unverdaulich, vielleicht ist er gar kranklich, vielleicht durch vorherige Arbeitslosigkeit oder sonstige Vorkommnisse in Schulden geraten, die ihn nun wie mit eiserner Klammer einspannen usw. Durch das wird mancher Kollege mißmutig, grüßig, schweigsam, grüblerisch oder verstockt. Einsicht und Verstehen zur rechten Zeit mit dem richtigen Wort hat schon manchen aufgerichtet, ermutigt. Nur darf Einsicht und Verstehen etwa nicht verwechselt werden mit der nachbarlichen, neugierigen Topfquaterie.

Duldbarkeit fehlt auch oft im kollegialen Leben. In den hinter uns liegenden Jahren konnte das besonders festgestellt werden. Hier kommt in der Hauptsache das Organisationsgebiet in Betracht. Organisationsfragen löst man nicht mit der Faust, nicht mit Kraftworten, löst man nicht, indem andere Meinungen nichts gelten. Erfahrung und Wissen steht immer noch vorne an! Die Wirtschaft ist immer noch die Grundlage der Politik. Im Beruf muß jemand erst immer eine gewisse Lehrgzeit durchmachen, ehe er mitreden kann; in der Politik reden viele mit, die das politische WC (die wirtschaftliche Grundlage) noch gar nicht kennen, viel weniger begriffen haben. Im Arbeitsverhältnis, im kollegialen Zusammenarbeiten kann das jeder selbst beobachten. Duldbarkeit bedeutet nun etwa nicht, sich vor dem Unbuddsamen ducken oder, wie man sagt: „Zus Maulschloß kriechen.“ Heißt die Meinung und Ueberzeugung des anderen respektieren, ohne ihn gleich als Dummkopf, als Verräter oder sonstwas hinzustellen. Die wirtschaftliche und politische Organisationsarbeit erfordert im kollegialen Verkehr viel Duldbarkeit.

Gefälligkeit ist eine Eigenschaft, ohne die kollegial nicht auszukommen ist. Jeder Kollege weiß, daß es im Leben recht unangenehme Menschen gibt, auch im Arbeitsverhältnis. Gefälligkeit ist natürlich nicht zu verwechseln mit der sogenannten Kriecherei und Bauhütcherrei; es ist eine Handreichung, eine Stütze, eine Auskunft, ein freundliches Wort. Richtige und echte Kollegialität wird besser wie alles andere für den Organisationsgedanken. Und ihr Feind: „Einer für alle und alle für einen“ bringt die Kollegialität in wenigen Worten eindrucksvoll zum Ausdruck. Kollegialität darf kein leeres Wort sein! Kollegialität ist aber für einige Verbandsmitglieder anscheinend ein inhaltsleeres Wort, und manche bittere Klagen darüber kann man hören, ohne diese Klagen mit Erfolg und im Handumdrehen abstellen zu können. Wirksam eingegriffen kann nur werden, wenn die mangelhafte Kollegialität gegen die sachungsgemäßen Verbandsgrundzüge vertritt. Sonst läßt sich diese unliebliche mangelhafte Eigenschaft im Zusammenleben und -arbeiten im Betrieb und außerhalb der Arbeitsstätte nicht gebührend und durchschlagend ins Gegenteil verkehren. Nur ganz selten geben sich die Unkollegialen solche Blößen, daß sie, wie der Volksmund sagt: An die Hammelbeine genommen werden können! Ein recht eingeseifteter Egoist, der seiner Gewerkschaft angehört und nicht groß von kollegialer Empfinden durchtränkt ist, weiß schon mit einem gewissen Geschick so zu steuern, daß die offiziellen Verbandsfakungen nicht verletzt werden.

Ein Auswuchs der Unkollegialität ist auch der Eid, ist das Mißgönnen in jedem Fall gegen andere; wo diese Eigenschaft vorherrscht, ist es nicht allzueit zur Unschicklichkeit und

Die Preisentwicklung im Groß- und Kleinhandel. Die ziemlich stabil gebliebenen Preise trotz der rückgängigen Konjunktur und des harten Winters beweisen für sich schon, daß wir in Deutschland die ausgleichend wirkenden Konjunkturfaktoren eingebüßt haben. Die starre verbandsmäßige Gebundenheit verhindert ein Sinken der Preise, obwohl sie konjunkturell notwendig wäre. Die Fertigerwarenpreise im Großhandel haben seit dem konjunkturellen Höhepunkt (Oktober 1928 bis Anfang Mai dieses Jahres) einen Rückgang von 1,6 v. H. erfahren. Bei einzelnen Artikeln der Konsumgüter, so z. B. für Schuhe, sind die Großhandelspreise noch stärker heruntergegangen. Im Einzelhandel ist die Preisbewegung um keinen Deut verändert. Das Konjunkturforschungsinstitut findet dies auffallend und schreibt dazu: „Offenbar sind die Abgabeverhältnisse im Einzelhandel noch so, daß kein Zwang besteht, durch Preisherabsetzung in größerem Umfange der Nachfrage entgegenzukommen; vielmehr vermochte sich im Einzelhandel anscheinend die Kalkulation nach den Einstandspreisen bisher noch zu behaupten.“ — Es ist eben die alte Geschichte, daß bei einem Emporsinken der Preise im Großhandel der Einzelhandel sofort nachzuziehen pflegt, während bei einem Sinken der Großhandelspreise der Einzelhandel sich sehr lange Zeit läßt, ehe er den Preisen auch nur annähernd nachfolgt. In einer solchen Situation wie der jetzigen, kann der Einzelhandel einen viel größeren Nutzen buchen als wie zu gewöhnlichen Zeiten. Von maßgebender Seite wird erwartet, daß das hohe Zinsniveau recht bald eine weitere Senkung der Preise im Gefolge haben wird. Hinzu kommt noch die künstliche Einschränkung des Geldumlaufs, die die Reichsbank infolge der Devisenschwierigkeiten vorzunehmen beabsichtigt. Ein Beispiel hiervon hatten wir im Frühjahr 1925, wo ein ganz gewaltiger Preisrückgang nach einer ähnlichen Maßnahme der Reichsbank eintrat. Bis jetzt ist aber von einem Sinken der Preise infolge der Zinshöhe und der Krediteinschränkung der Reichsbank noch nichts zu merken. Ob sie sich diesmal in dieser Richtung auswirken wird, ist noch vollständig ungewiß.

Die Schnelligkeit des Lagerumschlages. Je rascher das Kapital in der Wirtschaft umgeschlagen wird, je besser ist es um diese bestellt. Eine hohe Lagerhaltung erfordert brachliegendes Kapital und damit hohe Zinsen. Des ferneren können die Waren an Güte abnehmen oder durch eine neue Mode entwertet werden. In Nordamerika hat sich bei dem raschen Warenumschlag ein Verhältnis von der Hand in den Mund herausgebildet. Die Lagerhaltung ist dort sehr gering. Weit höher ist sie in Deutschland und in andern europäischen Ländern. Prof. Hirsch veröffentlicht in Nr. 233 des „B. L.“ einen Artikel, der sich mit den Verhältnissen im Groß- und Kleinhandel eingehend beschäftigt. Der Verfasser bringt dort wertvolle Zahlen über den Umsatz des Groß- und Kleinhandels. In Deutschland stellt er einen Umsatz je Verkaufskraft im Einzelhandel von 13 000 bis 35 000 Mark fest. Dagegen werden in den Vereinigten Staaten Umsätze von 17 000 bis 62 000 Mark erzielt. Die Schnelligkeit des Warenumschlages ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Branche	Einzelhandel		Großhandel	
	Deutschl.	USA Census	Deutschl.	USA Census
Lebensmittel	8,5 mal	12,7 mal	etwa 10 mal	14,43 mal
Eisenwaren	2,1 mal	4,17 mal		
Schuhwaren	etwa 2,0 mal	1,5—1,7 mal	4—5 mal	7 mal
Drogen	3,0 mal	5,73 mal	7—8 mal	12,5 mal
Textilien		3,52 mal	5—6 mal	7 mal

Diese Zusammenstellung ist sehr lehrreich. Sie zeigt vor allem, daß der Lagerumschlag in USA wesentlich öfter erfolgt als hierzulande. Dies liegt nicht zuletzt an der viel geringeren Massentaufkraft. Bei hohen Reallohnen werden die Lager der Waren- und Kaufhäuser viel schneller geräumt, als wenn die breiten Massen sich nur eben das Notdürftigste kaufen können. Der wirtschaftliche Kreislauf wird ergiebig befruchtet, wenn die Waren nicht ins Lager, sondern sofort in die Hände der Verbraucher gehen.

Die Bündnisse der Großen. Das größte Unternehmen der deutschen chemischen Industrie, die IG Farbenindustrie AG, hat in Amerika eine Tochtergesellschaft unter dem Namen American IG Chemical Corporation errichtet. Diese Tochtergesellschaft soll ähnlich wie die IG Chemie in Basel die amerikanischen Interessen der IG Farben zusammenfassen. Das Vertrauen auf die deutsche chemische Industrie wurde dadurch bestätigt, daß die Teilschuldverschreibungen in Höhe von 30 Mill. Dollar an der New Yorker Börse in wenigen Minuten gezeichnet waren. Die Gründung geschah gemeinsam mit der Standard Oil Co. Letztere ist bekanntlich das größte Unternehmen der Welt. Die Standard Oil ist auch an deutschen Gesellschaften der IG Farben bereits seit längerem beteiligt. Von Bedeutung mag noch sein, daß ein Sohn Henry Fords in den Aufsichtsrat der American IG Chemical Corporation eintrat. Die Unternehmungen Fords zählen ebenfalls zu den größten der Welt. Man vermutet, daß zwischen Ford und der IG Farben eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Leichtmetallverwertung stattfindet. Die IG Farben hatte ein Leichtmetall herausgebracht, das in Konkurrenz mit den Aluminiumlegierungen steht. Eine größere Verwendung dieses Metalls im Automobilbau ist bisher nicht eingetreten. Das Verhältnis zwischen Ford und der IG Farben soll dadurch noch enger gestaltet werden, daß Geheimrat Bosh in den Aufsichtsrat der Deutschen Ford Motor Co. eintritt. Die größten Unternehmungen der Welt wachsen immer mehr durch Interessenverbindungen zusammen.

Der Post-Zeitungsbetrieb im Zeitraum von hundert Jahren. Am Schluß des Jahres 1825 waren in Berlin nach den „Berliner Wirtschaftsberichten“ 38 Zeitungen und Zeitschriften zum Postvertrieb angemeldet. Die Weiterentwicklung war die folgende: 1850 112, 1875 243, 1900 980, 1914 1542, 1923, also am Ende der Inflationszeit, 1265 und 1927 1429. Im Jahre 1919 wurde die höchste Zahl der innerhalb der Oberpostdirektion Berlin zum Versand gelangten Zeitungen mit 1834 erreicht. Ende der Inflation und nach der Stabilisierung folgte ein großes Zeitungssterben ein. Es ist ein auffallendes Ereignis, daß von 1825 bis 1927 die in Berlin zum Postvertrieb angemeldeten Zeitungen und Zeitschriften von 38 auf 1429 anwuchs. Noch weit stärker als die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften ist die Zahl der von Berlin aus durch die Post vertriebenen Nummernstücke gestiegen, nämlich von 3 Millionen im Jahre 1825, auf 23 Millionen 1860, auf 59 Millionen 1875, auf 372 Millionen 1900 und auf 665 Millionen im Jahre 1914. 1927 betrug diese Zahl 460 Millionen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß nach dem Kriege die anderen Beförderungsmöglichkeiten, wie mit Auto und Flugzeug, und der unmittelbare Eisenbahnverland, die sogenannten Bahnpostzeitungen und die Beförderung durch „Bahnfahrer“ stärker ausgebaut sind. Große Zeitungsbetriebe, wie Allstein, haben eigene Flugzeuge, mit denen sie ihre Zeitungen zum großen Teil versenden. Von 1825 bis 1927 ist demnach eine Zunahme von 3 Millionen auf 460 Millionen Nummernstücke oder um das 153fache zu verzeichnen. Währenddessen hat die Bevölkerung Deutschlands sich etwas mehr als verdoppelt und die Bevölkerung Berlins um das 19fache zugenommen. Würde man auch die Gewichtsmenge der versandten Zeitungen ermittelt haben, so würde noch eine größere Steigerung festzustellen sein, denn die Zeitungen von heute sind im Umfang etwas ganz anderes als die kleinen Blättchen vor hundert Jahren. In hundert zurückliegenden Jahren wurde jedenfalls bezüglich der Entwicklung der Druck-erzeugnisse eine Leistungssteigerung erreicht, wie niemals, seitdem Johann Gutenberg die „Schwarze Kunst“ erfunden hat. Nicht mit Unrecht werden die letzten Jahrzehnte als das papierene Zeitalter bezeichnet. Unter den Mengen Zeitungen, die von Berlin aus allwöchentlich zum Versand kommen, machen die Gewerkschaftsblätter einen erheblichen Teil aus. Sie gehen hinaus in alle Winkel des Reiches als treue Freunde der Arbeiterklasse. Die Kultur-entwicklung spiegelt sich jedenfalls in dem Anwachsen der Druck-erzeugnisse wider.

Geburten und Fehlgeburten. Die Rerringerung der Geburtenfälle hat bereits zu weitgehenden Erörterungen geführt. Es ist immerhin eine ernste Angelegenheit, wenn große Teile des Volkes es ablehnen, bei dieser unglücklichen Lage Kinder in die Welt zu setzen. Die Neuordnung der Wochenhilfe-Gesetzgebung im Jahre 1925 hatte zum Ziel, die Voraussetzungen für eine gesunde Geburt zu schaffen. Die Krankenkassen erhielten eine hohe bevölkerungspolitische Aufgabe. Den breiten Massen sollte die wirtschaftliche Last, die Geburtsfall mit sich bringt, durch Gewährung von Wochenlohn, Bereitstellung freier Arzt- und Hebammenhilfe für die Wöchnerinnen wesentlich erleichtert werden. Nicht zuletzt sollte durch diese Wochenhilfe die Zahl der Fehlgeburten mit den normalen Geburtenfällen in ein Verhältnis gebracht werden. Daß dies nicht ganz erreicht wurde, zeigt eine Statistik der durchschnittlichen Geburten- und Fehlgeburtenfälle bei der AEG-Betriebskrankenkasse in den Jahren 1919—1928:

Berichtsjahr	Geburtenfälle		Fehlgeburtenfälle	
	überhaupt	unter 100 weibl. Mitgliedern	überhaupt	unter 100 weibl. Mitgliedern
1919	817	3	702	3
1920	881	4	946	5
1921	572	4	728	5
1922	497	2	800	5
1923	386	2	627	4
1924	262	2	490	4
1925	406	3	666	4
1926	304	3	392	4
1927	226	2	423	4
1928	356	3	347	3

Die Zahl der Geburten ist während dem hier angezogenen Zeitabschnitt nicht gestiegen, sondern eher noch geringer geworden. Das umgekehrte Verhältnis ist bei den Fehlgeburten eingetreten. In der obigen Statistik sind nur die bekanntgewordenen Fehlgeburten enthalten. Nach den Feststellungen einer Ärztezeitung sind bei den Fehlgeburten 89 v. H. auf verbotene Eingriffe zurückzuführen. Mit der großen Häufigkeit der Fehlgeburten geht ein Stück Volkskraft zugrunde. Des ferneren ist damit vielfach der Tod oder dauerndes Siechtum der Frau verbunden. Die hohe Zahl der Fehlgeburten sollte ein Menetekel sein. Sie hat ihre Ursache neben der Wohnungsnot und anderem, vor allem in der unsicheren wirtschaftlichen Lage in der sich weite Kreise der Arbeiter und Angestellten befinden. Eine gesicherte Existenz und ein Einkommen, das Raum bietet für eine gesunde Aufzucht der Kinder, würde die Zahl der Fehlgeburten auf einen geringen Teil beschränken.

Die Heiratsziffer steigt. Die Zahl der Eheschließungen hat im Jahre 1928 um rund 48 000 zugenommen. Die Zunahme im Jahre 1927 betrug 55 000. Die auf 1000 Einwohner berechnete Heiratsziffer stieg 1928 auf 9,2 gegenüber 8,5 1927, 7,7 1926 und 7,8 1913. Die stärkere Häufigkeit der Eheschließungen im vorigen Jahre entfiel auf die ersten neun Monate. Die Zeit der Krise wirkte lähmend auf den Heiratsmarkt ein. Das Anwachsen der Heiratsziffer ist zum Teil auf die Zunahme der Erwachsenen innerhalb der Gesamtbevölkerung zurückzuführen. Je mehr die Heiratsziffer steigt, je größer wird die Wohnungsnot. Die Anstrengungen zur Behebung der Wohnungsnot müssen verdoppelt werden. Ob dies gelingt, ist mehr als fraglich.

BEKANNTMACHUNGEN
DES ZENTRAL-VORSTANDES

Verlorene Mitgliedsausweise. In Kinderbügen das Verbandsbuch 36 489 für Wilhelm Förnges, Hilfsarbeiter. — In Ebersbach 4982 für Alwin Wünsche, Brecher.

BEKANNTMACHUNGEN
DER ZAHLSTELLEN
UND GAULEITUNGEN

- Versammlungen:**
- 9. Juni. In Oberaula um 10 Uhr beim Gastwirt Andr. Schneider.
 - 11. Juni. In Halle, Steinsetzersektion, 17 Uhr im Volkspark.
 - In Mainz im Goldenen Pflug, sofort nach Arbeitsluß.
 - 15. Juni. In Halle Mitgliederversammlung um 19 Uhr im Volkspark.
 - 16. Juni. Für Dhlau in Märzdorf (Kr. Dhlau) um 11 Uhr bei Gastwirt Ludwig.

Gautonferenzen
Am 8. und 9. Juni für den 7. Gau in Regensburg, im Volkshaus.

Am 6. und 7. Juli für den 4. Gau in Kassel, Spohrstraße 6, Gewerkschaftshaus. Dazu teilen die Gauleiter mit: Am 6. Juli, 13 Uhr, beginnen die Branchenkonzferenzen mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleiter; 2. Unser Tarifwesen; 3. Anträge.

Sonntag, 7. Juli, 9 Uhr, gemeinsame Gautonferenz. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Aufgaben des kommenden Verbandstages, Referent: ein Mitglied des Verbandsvorstandes; 2. Anträge zum Verbandstage.

Zahlstellen bis zu 100 Mitglieder senden einen Delegierten, für jedes weitere angefangene oder volle Hundert einen weiteren Delegierten. Die Kosten der Delegation gehen zu Lasten der Lokalkassen. — Anträge zu den Branchenkonzferenzen und der Gautonferenz sind bis spätestens 28. Juni 1929 an die Gauleiter einzureichen. Wegen Quartierbeschaffung wenden sich die Delegierten an den Bezirksleiter Kollegen Konrad Reis, Kassel, Spohrstraße 6, (Steinarbeiterbureau).

Verbandstreue. Der Kollege Johann Seidel, Granitsteinmetz, in Karlsruhe, konnte am 1. Juni 1929 auf eine 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft zurückblicken.

Cuxhaven. In jedem letzten Sonnabend im Monat findet in der Wirtschaft Marx, Schillerstraße unsere Mitgliederversammlung statt. Laut Versammlungsbeschluß werden von den Versammlungsschwänzern 50 Pfennig kassiert zugunsten der Lokalkasse.

Stettin. Hier lagert in größter Unordnung das Verbandsbuch des Steinmetzen Gerhardt Priemer, geb. 25. 3. 1905. Kein neues ausstellen! In

Eberbach (Baden) trifft daselbe zu, auf die Mitgliedskarte des Steinsetzer Hugo Fante aus Annen — Von dem Kassierer Karl Krauth in Eberbach, Leopoldplatz 2, wird Max Obermüller um seine Adresse ersucht und daran erinnert, daß die bewußten 8 Tage längst verlossen sind.

Mayen. Am 31. Mai 1929 wurde die Mayener Geschäftsstelle der Brühler Knappschaft aufgelöst und nach Köln verlegt. Es ist deshalb notwendig darauf hinzuweisen, daß die Anerkennungsgebühren zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Knappschaftsversicherung ab 1. Mai 1929 an die Brühler Knappschaft, Köln, Herwarthstraße 18, eingesandt werden müssen. Dabei muß auf der Rückseite der Postanweisung bei jeder Einzahlung angegeben werden, für welche Zeit diese Anerkennungsgebühren sind, ferner der Vor- und Zuname, das Geburtsdatum und Straße und Hausnummer. Wer sich vor Schädigung schützen will, der beachte diesen Hinweis und sende frühzeitig seine Anerkennungsgebühren ein, damit die Anwartschaft nicht verloren geht.

- Adressenänderungen**
- 1. Gau (NW): Ederförde. Vorf.: Max Köp, Ederförde-Borby, Brinzenstraße 8. Kass.: Karl Jeffer, Gasstraße 5.
 - 2. Gau: Hirschberg (Schl.). Kass.: Richard Langer, Hirschberg-Cunersdorf, Am Zaden 78a.
 - 4. Gau: Gahma. Vorf.: Franz Trebes, Wurzbach (Thür.), Lobensteiner Straße 94.
 - 5. Gau: Ebenhagen (Kreis Waldböhl). Vorf.: Fritz Heitkaus. Kass.: Fritz Lenz.
 - 7. Gau: Neubau. Kass.: Emil Schott, Nr. 149. — Reinersreuth. Vorf.: Hans Zahreis, Zell (Oberfr.) Nr. 26. Kass.: Alfred Walfher, Nr. 29.
 - 9. Gau: Oberwiddersheim (Kr. Büdingen, Oberhessen). Kass.: Otto Rieb, Bergstraße 4. — Weilmünster (Oberlahnfreis). Vorf.: Rudolf Bausch, Neustraße 5. Kass.: Adolf Löw, Aulenhäuser Straße 2. — Londers (Oberhessen). Vorf.: Georg Kraft. Kass.: Peter Spohr, Nordes bei Londers.

BRIEFKASTEN

J. W. 1. Im Durchschnitt nicht mehr als ein Drittel, was gesunde Personen im gleichen Beruf verdienen; ist die Invalidität aber aus Altersanlaß, dann gibt's darin keine Grenze. 2. Ja.

F. J. 1. Nein, in solchem Fall ist das Fahrrad nicht pfändbar. 2. Das Veritto ja, der Schrank nicht. 3. Eins von beiden, und zwar das beste. 4. In Steuerfragen ist die unbeschränkte Pfändung des Lohnes, die Dir nur soviel zu lassen brauchte, daß Du mit Deiner Familie nicht direkt verhungerst, aufgehoben. Nach der Verordnung über Lohnpfändung vom 27. Februar 1928 sind 45 Mark vom Wochenlohn überhaupt unpfändbar und soweit der Lohn diesen Betrag übersteigt, noch zu 1/4 unpfändbar. Darüber hinaus richtet sich die pfändbare Summe nach dem Familienstand. Das kann aber hier nicht genau angegeben werden, weil der Redaktion Dein Wochenlohn nicht bekannt ist. — Konsequenz: Austritt aus der Kirche!

ANZEIGEN

Achtung! Berlin, Generalversammlung

Am Dienstag, 11. Juni, pünktlich, 17.30 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses **Vierteljahrs-Generalversammlung** aller der Zahlstelle Groß-Berlin angeschlossenen Gruppen wie: Steinarbeiter, Steinsetzer, Alabasterarbeiter usw. Tagesordnung: Abschließender Bericht über die Lohnbewegungen, Bericht vom 1. Quartal 1929, Beschlufassung betr. kommenden Verbandstag, Erledigung einiger wichtiger Anträge. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erheischt, daß keiner in dieser Versammlung fehlt. Die Ortsverwaltung, I. A.: Gust. Nitsche.

2-3 Steinsetzer für Kleinpflaster sofort gesucht Emil Köllmer, Pflastermeister, in Lemgo (Lippe), Schulstraße 74

4-6 Steinsetzer sofort gesucht. Hermann Exner & Co., Auerbach i. V. Telephon 652

Suche für sofort noch **2 tüchtige Steinmetzen** die perfekt im Kunststeinstampfen sind und gut scharrieren können, für Grabsteine und Bauarbeiten. Kost und Logis im Hause. R. Scholz, Belgiz, Steinmetz und Bildhauer

Was streiten sich die Leut' herum? Was soll das wilde Schrei'n. Ein **Lindcar-Rad** war hier geklaut! „Na, den holt keiner ein.“

Steinarbeiterhosen aus III-Drähtleder mit 12er Schuß u. Lederaschen 13.- Mk., aus II-Drähtleder 9.- und 6.50 Mk., **Maurersocken** 1.20 Mk. Echt **Lindner-Manchesterhosen** Qual. I 17.-, II 13.-, III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterst. 2**

GESTORBEN

- [Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. — Redaktion.]
- In **Liegnitz** am 6. Mai der Rammer Gustav Kuntzel, 58 Jahre alt, Freitod.
 - In **Berneck** am 7. Mai der Schleifer Franz Glasser, 52 Jahre alt, Ischias, 7 Monate krank.
 - In **Hamburg** am 18. Mai der Rammer August Tries, 45 Jahre alt, Mandelentzündung, 8 Tage krank.
 - In **Albersweiler** am 20. Mai der Brecher David Joder, 65 Jahre alt, Schlaganfall.
 - In **Chemnitz** am 23. Mai der Steinsetzer Herm. Thierbach, 52 Jahre alt, lungenkrank, 10 Wochen.
 - In **Demitz-Thumitz** am 23. Mai der Granitsteinmetz Alwin Mittag, 54 Jahre alt, 13 Monate krank, Aderverkalkung.
 - In **Berlin** am 24. Mai der Steinmetz Willi Weitemeier, 32 Jahre alt, Lungentuberkulose, 1 1/2 Jahr krank.
 - In **Hannover** am 25. Mai der Rammer Wilhelm Dörrie, 51 Jahre alt, Nierenentzündung, 5 Wochen krank.
 - In **Flensburg** am 25. Mai der Hilfsarbeiter Johannes Petersen, 28 Jahre alt, 4 Monate zuckerkrank.
 - In **Niederlinda** am 26. Mai der Brecher Ernst Kutscham, 56 Jahre alt, Leber- und Lungenleiden, 30 Wochen krank.
 - In **Hirschberg** am 26. Mai der Steinsetzer Alfred Hiescher, 20 Jahre alt, Blinddarmentzündung, 8 Tage krank.
 - In **Löbau** am 26. Mai der Schleifer August Hicke, 55 Jahre alt, Freitod.
 - In **Striegau** am 27. Mai der Brecher Hermann Kambach, 57 Jahre alt, an Magenkrankheit, 32 Wochen arbeitsunfähig. Am 28. Mai der Brecher Wilhelm Hellendorf, 43 Jahre alt, 2 Tage krank, Lungenentzündung. Am 29. Mai der Brecher August Gründel, 64 Jahre alt, 54 Wochen lungenkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Bekanntmachung des Vorstandes

Montag, den 9. September 1929 und folgende Tage findet im Berliner Gewerkschaftshaus...

Wahlkreis-Einteilung

Zur Aufstellung der Kandidaten zu dem am 9. September und folgende Tage in Berlin stattfindenden Verbandstag...

A. Steinarbeitergruppe:

Table with columns: Wahlkreis, Gau (NO und NW), Delegierte. Lists various regions and their representatives.

Table with columns: Wahlkreis, Gau (NO), Gau (NW), Gau (2. und 3.), Gau (4.), Gau (5.), Gau (6.), Gau (7. und 8.), Gau (9.). Lists various regions and their representatives.

Die Aufstellung der Kandidaten muß bis zum 1. Juli erfolgen. Vor- und Zunahme des aufgestellten Kandidaten...

Keine Kürzung der Invalidenrente bei Eintritt des 65. Lebensjahres

Durch das Änderungsgezet der Reichsversicherungsordnung vom 25. Juni 1926 wurde bestimmt, daß, wenn die Invalidität...

Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen vom 25. Juni 1926 mußten die Landesversicherungsanstalten ihre ganzen Renten...

Diese Entscheidung hat, wenn man gesetzliche Bestimmungen weithergig und sozial ausgelegt wissen will, gegen Wortlaut...

Die Landesversicherungsanstalten sind durch diese Entscheidung gezwungen, in allen Fällen, die ihnen bekannt werden, die zu unrecht...

Der Kampf gegen die Sozialversicherung Der verfloßene überaus strenge Winter hat verschiedene unliebsame...

Der Kampf gegen die Sozialversicherung

Der verfloßene überaus strenge Winter hat verschiedene unliebsame Weitererheinerungen hervorgerufen. Eine derselben...

Zur Sozialversicherung

Der am 26. und 27. März 1929 tagende Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erhebt schärfsten...

Kräfte und allen Fähigkeiten des Lebens bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und im Alter überantworten zu wollen.

Da über 70 Prozent aller Arbeiter den ganz unzureichenden Wochenlohn bis zu 36 Mk. beziehen, ist die Forderung nach Befreiung der Sozialversicherung und Einführung eines Sperrzwanges entschieden zurückzuweisen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter müßte bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität oder durch Alter hervorgerufener Arbeitsunfähigkeit von Almosen leben und verelenden. Der Anspruch auf eine gesicherte Existenz darf den Arbeitern ebensowenig abgesprochen werden wie den anderen Ständen.

Der Ausschuss fordert Schutz der bestehenden Krankenkassen gegen die Bestrebungen auf Errichtung leistungsschwacher Innungs- und Berufskassen, Anpassung der Invalidenversicherung an die Angestelltenversicherung, weitestgehenden Ausbau der Selbstverwaltung in der gesamten Sozialversicherung und geeignete Maßnahmen zur Verhütung einer Ausnutzung der Versicherungseinrichtungen durch asoziale Elemente und Interessengruppen und zu einer Senkung der Verwaltungskosten.

Wir können diese Gedankengänge im großen und ganzen unterstreichen. Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhange noch, daß der „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ den gesetzgebenden Körperschaften Vorschläge machen will, die eine Verbilligung und gleichzeitige Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen durch Vereinfachung in der Verwaltung (Verschwinden kleiner leistungsunfähiger Kassen) bezweckt.

Daß der Kampf gegen die Sozialversicherung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten an der Tagesordnung ist, davon sprechen die Berichte der „Internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine“. Es heißt im § 2 der Satzung dieser internationalen Arbeitsgemeinschaft:

„Die Internationale Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine dient der internationalen Zusammenfassung und Förderung der auf die Verteidigung, Entwicklung und Vervollkommnung der Sozialversicherung und insbesondere der Krankenversicherung abzielenden Bestrebungen.“

Es kann den Gegnern der Sozialversicherung nur immer wieder gesagt werden, daß die Arbeiterschaft geschlossen die Versicherungsleistungen verteidigen und schützen wird. Kl.—s.

3. Rechtswirkung der Verbindlichkeitsklärung.

Die Verbindlichkeitsklärung ersetzt die Annahme des Schiedsspruches.

II. Abänderungsvorschläge der Vereinigung und geltendes Recht.

Von dem geltenden Schlichtungsrecht unterscheiden sich die Abänderungsvorschläge der Vereinigung vor allem in folgender Weise:

Gegenwärtig kann die Anrufung der Schlichtungsinstanzen durch eine Partei erfolgen oder die Schlichtungsinstanzen können von Amts wegen eingreifen, wenn das öffentliche Interesse dies erfordert. Demgegenüber bedeuten die Vorschläge unter I 3 eine sehr wesentliche Einschränkung.

Schlichtungsausschussvorsitzende und Schlichter haben nach Anruf oder nach Eingreifen von Amts wegen gegenwärtig die Pflicht, das Verfahren durchzuführen. Auch demgegenüber bedeuten die Abänderungsvorschläge unter III eine sehr weitgehende Einschränkung, vor allem soll im Gesetz selbst an die Stelle des Stichentscheidendes die einfache Stimmenmehrheit treten.

Während nach geltendem Recht das Verfahren über den Anspruch der Verbindlichkeitsklärung auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen, wenn das öffentliche Interesse es erfordert, eingeleitet wird, und die Verbindlichkeitsklärung selbst erfolgen kann, wenn die in dem Schiedsspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist, wollen die Abänderungsvorschläge unter IV 1 a und b die Zulässigkeit der Verbindlichkeitsklärung auf Gesamtschlichtungen in lebenswichtigen Betrieben und auf Gesamtschlichtungen beschränken, welche die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung gefährdet ist.

An die Stelle der Schlichter bzw. des Reichsarbeitsministers soll für die Verbindlichkeitsklärung nach den Vorschlägen unter IV 2 a bis d eine Reichsschiedsstelle treten, die aber auch nur eingreifen darf, wenn die Voraussetzungen der Vorschläge unter IV 1 a erfüllt sind und durch die eine Verbindlichkeitsklärung nur erfolgen darf, wenn der Schiedsspruch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung berechtigt ist. Außerdem ist die Verbindlichkeitsklärung an das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit gebunden. Die Gesamtvorschläge der Vereinigung unter IV enthalten also die hauptsächlichsten Unterschiede gegenüber dem geltenden Recht. Sie verändern Sinn, Zweck und Bedeutung des Schlichtungswesens grundsätzlich.

III. Begründung der Abänderungsvorschläge durch die Vereinigung.

Die Arbeitgeber lehnen es ab, im Schlichtungswesen einen Ausfluß des Artikels 165 der Reichsverfassung zu sehen. Sie stützen sich vielmehr auf den Artikel 159 der Reichsverfassung und begründen hieraus, daß es überhaupt nicht Sinn und Zweck des Schlichtungswesens sei, durch Schaffung von Tarifverträgen den Wirtschaftsfrieden zu sichern. Dieses Ziel sei vielmehr unterschiedlich durch Einzelarbeitsverträge, durch Betriebsvereinbarungen, durch Tarifverträge mit Gewerkschaften oder auch durch Tarifverträge mit Werkvereinen zu erreichen. Es komme überhaupt nicht auf die Form einer Vereinbarung über die Regelung von Arbeitsbedingungen an, sondern allein auf die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens. Infolgedessen könne das Schlichtungswesen überhaupt nur dann zur Anwendung kommen, wenn die Austragung der Gesamtschlichtungen durch Arbeitskämpfe über das wirtschaftliche Interesse des einzelnen Streitfalles hinaus das staatliche Gesamtinteresse berührt. Eine weitgehende Beschränkung staatlichen Eingriffs in die freie kapitalistische Wirtschaft sei schon im Stadium der Schlichtung zu gewährleisten. In einer freien Wirtschaft sei es nicht Zweck und Aufgabe des Staates, in die Sphäre privatwirtschaftlicher und privatrechtlicher Verträge, wie sie die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellt, von sich aus zwangsweise einzugreifen. Die Reichsschiedsstelle müsse tätig werden als Organ des Staates, als Träger der Staatshoheit. Sie habe ihre Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung im Namen des Staates unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen zu fällen.

IV. Gewerkschaftliche Stellungnahme zu den Vorschlägen der Vereinigung.

Nachdem die Vereinigung außerordentlich eindeutig ihren Entschluß kundgegeben hat, daß sie nicht gewillt ist, die Grundzüge der Weimarer Reichsverfassung und die heutige Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitslebens anzuerkennen, vielmehr diese Entwicklung wieder auf die freie kapitalistische Wirtschaft zurückzuführen will, müssen auch die Gewerkschaften genau so eindeutig erklären, daß sie sich unter gar keinen Umständen bereit finden werden, diese Grundzüge der Unternehmer anzuerkennen. Im Artikel 165 der Reichsverfassung ist den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gewährleistet. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Wir haben heute nicht mehr die freie kapitalistische Wirtschaft. Wir haben dagegen das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften erstreben nicht nur aus eigener Ueberzeugung, sondern auch auf Grund ihres in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechts die Wirtschaftsdemokratie. Die Vorschläge der Vereinigung zur Abänderung des Schlichtungswesens offenbaren das vollkommen hemmungslose Nachstreben der Unternehmerklasse. Der Wirtschaftsfriede ist für sie nur ein wirtschaftlicher, nicht auch ein sozialer Begriff. Die Unternehmer bezeichnen als Wirtschaftsfrieden einen Zustand, der ihnen gestaltet, unter schrankenloser Einwirkung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel die Arbeiter und die Angestellten niederzuhalten und kampfunfähig zu machen. Nur wenn den Unternehmern das mit ihren eigenen Mitteln nicht gelingt, soll das staatliche Schlichtungswesen eingreifen dürfen. Allein in den Fällen, in denen Arbeitergruppen durch die Stärke ihrer Organisationen mit den Machtmitteln der Unternehmer nicht niederzukämpfen sind, wollen die Unternehmer Tarifverträge abschließen. In allen Fällen, in denen Arbeiter- oder Angestelltenvereine aus Angst vor der Uebermacht des Unternehmers vor der Durchsetzung von Forderungen zurückschrecken, in denen diese Arbeiter- und Angestelltenvereine aufgestanden sind, einen erfolgreichen Kampf zu führen, ist der Wirtschaftsfriede, wie die Unternehmer ihn auffassen, gewährleistet.

Soziale Gründe dürfen hiernach im Schlichtungswesen überhaupt keine Rolle mehr spielen. Der Begriff „sozial“ ist in den Abänderungsvorschlägen der Vereinigung nur am Schluß und an einer Stelle enthalten, wo er nur noch als Verhöhnung der Arbeiterklasse wirken kann. Unter der Parole eines hemmungslosen Individualismus will die Unternehmerklasse erneut den Fortschritt der Arbeiterklasse nicht nur aufhalten, sondern darüber hinaus sogar die von den Gewerkschaften errungenen Positionen wieder zurückgewinnen. Demgegenüber wollen die Gewerkschaften die Vertiefung und Durchsetzung des Kollektivismus. Die Vereinigung fordert in der Begründung ihrer Abänderungsvorschläge die Wiederherstellung der freien kapitalistischen Wirtschaft. Die Gewerkschaften fordern dagegen die Anerkennung und Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie. Das sind unüberbrückbare Gegensätze. Erfreulicherweise ist die Begründung der Vereinigung so unmißverständlich, daß ihre Forderung, durch freie Vereinbarungen zwischen den Parteien geschaffene Einrichtungen an die Stelle der staatlichen Schlichtungsinstanzen treten zu lassen, in ihrer Scheinheiligkeit klar erkennbar wird. Nach der Begründung der Vereinigung sollen diese freiwilligen Schlichtungsstellen auf die ausschließliche Zuständigkeit zur Schlichtung von Streitigkeiten erhalten. Für die staatliche Schlichtung soll in diesen Fällen überhaupt kein Raum bleiben. Aus der weiteren Begründung, die wir unter III wiedergegeben haben, ergibt sich eindeutig, was dieser Vorschlag der Vereinigung bedeuten soll. Vor allen Dingen will das Unternehmertum die staatliche Schlichtung überhaupt ausschalten, so daß, wenn die freiwilligen Schlichtungsstellen verfallen, nur noch der offene Kampf übrigbliebe. Würden wir diesen Rechtszustand bekommen, dann ist ohne weiteres vorauszusehen, wie die tariflichen Schlichtungsstellen arbeiten würden. Die Unternehmer würden ganz allgemein keine Zugeständnisse machen,

genau so, wie sie das ja bereits ununterbrochen unter dem geltenden Rechtszustand tun. Damit wären die Funktionen der tariflichen Schlichtungsstellen erledigt.

Demgegenüber haben die Gewerkschaften immer hervorgehoben, daß auch sie grundsätzlich vom Staate weitestgehende Bewegungsfreiheit verlangen. Außerdem ist von den Gewerkschaften immer erneut betont worden, daß sie tarifliche Schlichtungsstellen ebenfalls grundsätzlich dem staatlichen Schlichtungswesen vorziehen. Während es aber die Unternehmerklasse hiermit unehrlich meint, belassen sich die Gewerkschaften rückhaltlos zu diesen Grundzügen. Es ist geradezu gerichtsnotorisch, daß die Forderung der Vereinigung nach tariflichen Schlichtungsstellen nur eine Ablenkung von dem Kern ihrer Abänderungsvorschläge darstellt. Die Gewerkschaften vertreten dagegen unter Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Auffassung über die Funktion des Schlichtungswesens nach wie vor die Meinung, daß das staatliche Schlichtungswesen in der jetzigen Form unter allen Umständen beibehalten werden muß. Es ist das Ziel der Gewerkschaften, durch freiwillige Schlichtungsstellen das Eingreifen der staatlichen Schlichtungsinstanzen immer weitergehend unnötig zu machen. Grundsätzlich müssen jedoch die Gewerkschaften dabei bleiben, daß das staatliche Schlichtungswesen in seiner jetzigen gesetzlichen Form nach wie vor aufrechterhalten werden muß, damit es eingreifen kann, wenn die tariflichen Schlichtungsstellen infolge des Widerstandes der Unternehmerklasse verfallen.

Die Vereinigung begründet ihre von uns nicht ernst zu nehmende Forderung nach freiwilligen Schlichtungsstellen auch mit der Hebung des Verantwortungsgefühls der beiderseitigen Parteien. Selten war ein Schlagwort sinnloser als das von der angeblichen Verantwortungslosigkeit der Verhandler in Schlichtungsverhandlungen. Das ausschließliche Verantwortungsgefühl des Unternehmertums und seiner Vereinigungen hat immer nur darin bestanden, alle auch noch so berechtigten Forderungen der Gewerkschaften abzulehnen. Die Unternehmer erkennen die Verantwortung der Gewerkschaften nur in der Form an, daß die Gewerkschaften auf jede Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verzichten und alle Forderungen fallen lassen. Darüber hinaus würden die Unternehmer die Verantwortung der Gewerkschaften nur noch anerkennen, wenn sie sich zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse bereit fänden. Die wirkliche Verantwortung liegt allein auf Seiten der Gewerkschaften. Hier sind immer nur die Forderungen erhoben worden, deren volle Anerkennung notwendig gewesen wäre, um der Arbeiterklasse einen immer noch farg bleibenden Anteil an dem Sozialprodukt zu sichern. Es kann keine Rede von der Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaften sein, zumal wiederum gerichtsnotorisch ist, daß die Unternehmer den Gewerkschaften den Einblick in die betrieblichen Vorgänge und in die Betriebsergebnisse mit allen Mitteln vorenthalten. Selbst wenn die Gewerkschaften diesen Einblick haben würden und selbst wenn sich ergeben würde, daß eine Industrie eine Mehrbelastung an Lohn leicht zu tragen imstande wäre, würden die Unternehmer trotzdem jeder Lohnerhöhung den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Aus allen diesen Gründen hat der demokratische Staat unter allen Umständen die Aufgabe, nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer, sondern vor allem auch die sozialen Interessen der Arbeiterklasse sowie darüber hinaus die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen. Der demokratische Staat kann und darf nicht mit ansehen, daß wir zu einem Wirtschaftsfrieden im Sinne des Unternehmertums kommen, der weiter nichts als Kirchhofsruhe ist, eine vollkommene Verelendung weiter Kreise der Arbeiterklasse.

Die Unternehmer verlangen unter der Parole der Wiederherstellung der freien kapitalistischen Wirtschaft, daß der Staat auch bei der Sicherung des Wirtschaftsfriedens sein Hoheitsrecht an eine von dem Staate unabhängige Reichsschiedsstelle abtreten soll. Wir hätten dann eine Stelle mehr zur Untergrabung des demokratischen Staates. Gegenüber allen Handlungen dieses Staates würden sich dann die Unternehmer entweder an den Staatsgerichtshof oder an das Reichsgericht oder an das Reichsarbeitsgericht oder die Reichsschiedsstelle wenden. Diese Stellen würden — unabhängig vom Staate und nur dem Gesetz unterworfen — feststellen, was in deutschen Landen Recht und Unrecht ist. Reichstag, Reichsregierung, Reichspräsident — diese Faktoren des demokratischen parlamentarischen Staates würden weiter nichts mehr zu tun haben, als sich nach den Entscheidungen dieser über dem Staate stehenden, vom Staate unabhängigen Stellen zu richten. Niemand kann annehmen, daß die Gewerkschaften derartige Auffassungen auch nur andeutungsweise billigen werden.

Die Reichsverfassung, deren Inhalt den heutigen Stand der Entwicklung im großen Rahmen widerspiegelt, hat die Forderung der Gewerkschaften nach Wirtschaftsdemokratie, die diese in Vertretung der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten erhoben haben, anerkannt. Die Zeit der freien kapitalistischen Wirtschaft ist endgültig vorbei. Wir haben jetzt die Freiheit in der Bindung. Das kollektive Arbeitsrecht und die Mitwirkung der Arbeiterklasse in der Wirtschaft hat im demokratischen parlamentarischen Staat grundsätzlich Anerkennung gefunden. Dieser hat daher die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den Klassen im Staate die Interessen sämtlicher Staatsbürger, vor allem auch im sozialen Sinne, wahrzunehmen.

Die Gewerkschaften anerkennen die Auffassung des Reichsarbeitsministers, daß das Schlichtungswesen eine eminent politische Aufgabe zu erfüllen hat. Die Gewerkschaften vertreten den Grundgedanken, daß das Schlichtungswesen ein Teil der Wirtschaftsdemokratie ist. Im Schlichtungswesen und in der Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie muß sich der politische Einfluß der Arbeiterklasse unmittelbar auswirken können, denn das ist Sinn und Zweck des Parlamentarismus in einem demokratischen Staate.

Die Forderungen der Gewerkschaften zum Schlichtungswesen gehen infolgedessen dahin, daß an der gegenwärtigen Form des Schlichtungswesens grundsätzlich nicht gerüttelt werde. Darüber hinaus kann es sich nur noch darum handeln, daß der nach Aufhebung des Reichsarbeitsgerichts unzulässige Stichentscheid eindeutig gesetzliche Anerkennung zu finden hat, damit der Staat seine ihm im Schlichtungswesen gestellten Aufgaben wirklich zu erfüllen in der Lage ist. Diese Auffassung vertreten die Gewerkschaften unbeschadet der weitestgehenden Bewegungsfreiheit, die die Gewerkschaften auch gegenüber dem Staate verlangen. Nur ordnen sich die Gewerkschaften grundsätzlich dem Staate unter. Sie verlangen nicht, ein Staat im Staate zu sein oder zu werden. Ebenso anerkennen die Gewerkschaften nach wie vor den Vorrang tariflicher Schlichtungsstellen, aber nur unter den Voraussetzungen und mit den Sicherungen, die vortehend angegeben worden sind.



Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H. Chemnitz. Der inhaltreiche Geschäftsbericht kann als eine gute Empfehlung der Gemeinnützigen Baugesellschaft gewertet werden, der dem Unternehmen viele neue ideale und wirtschaftliche Freunde zuführen wird. Der Geschäftsbericht auf das Jahr 1928 kann von Interessenten durch die Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H., Chemnitz-Gablenz, Rothorn 2, unentgeltlich bezogen werden.

Von Moles bis Darwin. Von G. E. Graf. 4. Auflage. Urania-Schriften, Heft 1 der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Wirkungsloos illustriert. 40 Seiten. Preis 60 Pf. Der Urania-Berlag hat jetzt eine lobenswerte Pflicht wahrgenommen und eine Schriftenreihe begonnen, die den Entwicklungsgedanken populärisiert und seine Wichtigkeit beweist. Als erstes Heft in der Folge, die sich einfach Urania-Schriften nennt, ist in 4. Auflage erweitert und erstmalig wirkungsloos illustriert, von Georg Engelbert die vorzügliche Broschüre „Von Moles bis Darwin“ erschienen. Ihr Inhalt wird durch drei Auflagen vergriffen. Beginnend mit einer klaren Charakterisierung der Bedeutung des Entwicklungsgedankens, geht er an Beispielen aus der geschichtlichen Entwicklung auf, wie er sich immer mehr gegenüber dem Schöpfungsgedanken durchsetzt und endlich in der wissenschaftlichen Welt allgemeine Anerkennung fand. Keine natürliche Wirkung ohne natürliche Ursachen, keine Ursache ohne Wirkung ist jetzt allgemeingültiges Grundgesetz unserer heutigen Weltanschauung. Das Werk verdient in seiner leichtfälligen, überblicklichen Darstellung in jede Hausbibliothek aufgenommen zu werden. Der billige Preis von 60 Pf. dürfte jedem den Kauf dieser wichtigen Aufklärungsschrift ermöglichen.